

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lübow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 34. Berlin, den 25. August 1912. 13. Jahrgang.

Zur Wohnungsfrage.

IV.
Schon im ersten Artikel haben wir darauf hingewiesen, daß die Wohnungsfrage einen Komplex von Fragen darstellt. Außer dem Nachweis, daß vielfach in deutschen Landen eine Wohnungsnot besteht, ist an dieser Stelle hauptsächlich nur das Wie der Wohnungsbeschaffung, die Frage, wer soll Geld und Baugrund zur Verfügung stellen, besprochen werden. Dabei wurden der Gesetzgebung, dem Staat und den Gemeinden bedeutsame Aufgaben zugewiesen. Aber selbst wenn diese Aufgaben erfüllt werden, ist sicher, daß ohne Mithilfe, ohne die Mitwirkung der Wohnungsbedürftigen, der Mieter, eine großartige und durchgreifende Wohnungsreform nicht möglich ist. Es soll jedoch auch hier nur die eine Frage wieder behandelt werden, wodurch und wie sollen die Arbeiter und Kinderheimittelten an der Wohnungsbeschaffung sich beteiligen. Die Antwort lautet: durch die Baugenossenschaften.

Das Genossenschaftswesen ist ein sehr wirksames Mittel zur Selbsthilfe. Schon im Jahre 1864 hat Bischof Ketteler die Genossenschaften als Hilfsmittel zur Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes empfohlen. In seinem Buche „Die Arbeiterfrage“ sagt er u. a. darüber: „Der Arbeiter kommt zuerst in seiner Persönlichkeit, in seinen individuellen Kräften und Fähigkeiten in Betracht. Der Arbeiter kommt aber auch in seiner Verbindung mit den Mitmenschen in Betracht. Sein Leben entfaltet sich in dieser doppelten Beziehung, in der Entwicklung und Entfaltung seiner eigenen Kräfte und in dem Geben und Nehmen der Hilfe bezüglich seiner Mitmenschen. Das ist die soziale, die genossenschaftliche Seite seines Daseins, die ihm ebenso wesentlich ist als die individuelle, persönliche. . . Das genossenschaftliche Wesen ist ein Natur- und Grundgesetz des Menschenwesens, und das Christentum kann daher allen Bestrebungen der Gegenwart, durch Pflege der Genossenschaften dem Arbeiter zu helfen, nur die freudigste Unterstützung gewähren.“

Trotz vieler Bemühungen haben sich die Genossenschaften anfangs nicht so recht entfalten können, da das Genossenschaftsgesetz die Solidarhaft aufstellte, die Haftung des einzelnen für alle, mit seinem ganzen Vermögen. Das jetzt geltende Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 bzw. vom 20. Mai 1898, läßt auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung zu. Die im Statut zu bestimmende Haftsumme darf jedoch nicht geringer sein als der Geschäftsanteil. Die Zahl der Genossen muß mindestens 7 betragen.

Durch die Baugenossenschaften ist schon manches erreicht. Eine vollständige, nach allen Seiten hin sich zuverlässige Genossenschaftsstatistik hat es im Deutschen Reich noch nicht. Durch Prof. H. Peterstille vom Kgl. Preuss. Statistischen Landesamt werden „Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik“ herausgegeben. Das letzte Heft erschienen 1911. Es bringt Angaben über die statistisch erfaßten Genossenschaften nach dem Stande vom 1. Januar 1909. Danach gibt es im Deutschen Reich insgesamt 28141 eingetragene Genossenschaften. Davon sind 15777, entfallen auf die Arbeitergenossenschaften, 15777, entfallen auf Bauarbeitergenossenschaften; in Bayern gab es 4663, in Sachsen 827, in Württemberg 1823, in Baden 1142, in Hessen

946 Genossenschaften. Die durchschnittliche Mitgliederzahl einer Genossenschaft betrug 163. Die Gesamtsumme aller Genossen der Genossenschaften mit beschränkter Haftung betrug 1909 753 821 976 Mk., das sind rund 60 Millionen mehr als im Jahre zuvor. Ein Geschäftsanteil betrug durchschnittlich 208 Mk.

Eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften wurden am 1. Januar 1909 insgesamt statistisch nachgewiesen: 517 mit 162469 Mitgliedern. Gegen 1908 ist eine Zunahme von 100 Genossenschaften und 15 240 Mitgliedern zu verzeichnen. Dazu kommen noch 103 Wohnungs- und Baugenossenschaften für Vereinshäuser mit 17 443 Mitgliedern und einer Gesamtsumme von 1 497 150 Mk. Die Zahl der eigentlichen Baugenossenschaften mit beschränkter Haftung beträgt 835, die jener mit unbeschränkter Haftung nur 12. Die Gesamtsumme der Baugenossenschaften mit beschränkter Haftung ist in der Statistik angegeben auf 51 701 078 Mk., die sich auf die 162 177 Mitglieder verteilt. Auf die einzelnen größeren Bundesstaaten kamen im Jahre 1909 Baugenossenschaften: Preußen 622, Bayern 68, Sachsen 37, Württemberg 23, Baden 14, Hessen 36.

Ueber die Leistungen der Baugenossenschaften enthält die Statistik einige mageren Angaben: Von den berichtenden Genossenschaften sind bis 1904 3633 Häuser für 72 810 315 Mk., bis 1909 4691 Häuser für 86 999 369 Mk. erbaut worden. Der Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Baugenossenschaften in Berlin hat bis 1909 mit 145 Millionen fremden Geldern und 15,6 Millionen Geschäftsanteilen der Mitglieder sich betätigt. Bis 1909 sind 2543 Häuser erbaut worden. Der Revisionsverband der Baugenossenschaften des Verbandes deutscher Beamtenvereine in Berlin hat Aktiva in Höhe von 25 317 412 Mark. Die Zahl der errichteten Häuser ist 372. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder beträgt 1 671 818 Mk., der Reservefonds 225 232 Mk. und über 22 Millionen Mark sind fremde Gelder. 94 Genossenschaften des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnwesens haben 2756 Häuser mit 7488 Wohnungen erbaut. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug 1909 4,23 Millionen Mark. Der Verband ostpreussischer Baugenossenschaften in Königsberg hat 120 Häuser für 5 281 897 Mk. erbaut. Der Verband westfälischer Baugenossenschaften in Münster weist 2488 erbaute Häuser mit einem Kostenaufwand von 40,28 Millionen Mark nach. In fremden Geldern wurden 34 Millionen Mark aufgenommen, die Mitglieder leisteten 3,14 Millionen Mark. Von den berichtenden Genossenschaften des Verbandes der Bauvereine im Großherzogtum Hessen zu Darmstadt sind 394 Häuser für rund 5 Millionen Mark erbaut worden. Der Verein für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in München hat in 11 Jahren, bis 1911, 961 Wohnungen errichtet. Die Einnahmen betragen 277 000 Mk. Die katholischen Arbeitervereine Münchens haben ebenfalls Arbeiterwohnungen gebaut. Das „Arbeiterheim“ in München-West war das erste Unternehmen dieser Art. In München-Nord wurde etwas später das St. Josefs-Haus, vier Häuser mit 126 Familienwohnungen, erstellt. Der „Bayerische Eisenbahnerverband“, der den christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, hat seit 1900 mit Hilfe des Staates an verschiedenen Plätzen Bayerns mehrere Hundert Häuser mit etwa 2000 Wohnungen erstellt.

Die Leistungen der Genossenschaften sind hier nur mangelhaft dargestellt, wie überhaupt die Statistik sehr unvollkommen ist. Doch geht aus den ange-

führten Zahlen hervor, daß die Leistungen verschiedener Genossenschaften, d. h. die Erstellung von Kleinwohnungen, achtunggebende Maßnahmen im Interesse der Kinderheimittelten darstellen. Im Hinblick auf die Verhältnisse im Wohnwesen und die Höhe der Bevölkerungszahl ist sowohl die Zahl der Baugenossenschaften als auch die Zahl deren Mitglieder klein zu nennen.

Die Ursachen sind verschieden. Es ist zum Teil die Unkenntnis, die bei vielen die große soziale Bedeutung der Wohnungsbaugenossenschaften nicht erkennen läßt, ebenso wenig wie die Bedeutung einer gesunden Wohnung für die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Bewohner. Andere fürchten, sie könnten bei der Genossenschaft das dort angelegte Geld verlieren. Diese Preise lassen es ganz außer acht, daß die Anlage von Geld bei einer Baugenossenschaft mit beschränkter Haftung ohne Gefahr geschehen kann, daß das durch den Anteilsschein angelegte Geld sich gut verzinst. Die Wohnung einer modernen Baugenossenschaft ist gesund und preiswürdig. Der einmal festgesetzte Mietpreis bleibt und wird nicht von Jahr zu Jahr gesteigert. Der Genossenschaftler ist in der Genossenschaftswohnung sein eigener Herr. Er bleibt in ihr, solange es ihm beliebt, ohne an die Wohnung gefesselt zu sein. Sogar wenn die Verhältnisse eine Veränderung, einen Fortzug, so steht es ihm frei, die Wohnung zu verlassen und das eingezahlte Kapital von der Genossenschaft zurückzuerheben. Im allgemeinen wird durch die Tätigkeit der Baugenossenschaften der Gemeinwohl der Arbeiter gefördert und ihr Einfluß gestärkt.

Alle diese hier nur kurz angedeuteten Vorzüge müssen weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere aber unseren intelligenten christlichen Gewerkschaftlern, zum Bewußtsein bringen, daß, angesichts der an vielen Orten bestehenden Wohnungsnot, dem Baugenossenschaftswesen eine viel größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß als bisher. Überall da, wo ein Bedürfnis an Wohnungen hervortritt und die private oder staatliche und gemeindliche Bautätigkeit nicht Abhilfe schafft, soll an die Gründung einer Baugenossenschaft gegangen werden.

Bei der Gründung einer Genossenschaft ist darauf zu achten, daß die Wohnungen im Genossenschaftsbesitz verbleiben und nicht etwa in das Eigentum der Mieter übergehen. Mit diesem System hat man keine guten Erfahrungen gemacht. Die 1888 gebildete Berliner Baugesellschaft haute in den Vororten Häuser mit zwei oder mehr Einzelwohnungen. Die Mitglieder der Gesellschaft mußten einen Geschäftsanteil von 200 Mk. erwerben und hatten am Jahresgewinn entsprechenden Anteil. Bei Abzahlung von etwa einem Drittel kamen die Häuser in den Besitz der Mieter. Manches dieser Häuser ist nachher als Spekulationsobjekt mißbraucht worden. Bei Krankheit oder Todesfall fiel auch manches dieser Häuser in andere Hände. Der neue Berliner Spar- und Bauverein trug deshalb den Verhältnissen und Bedürfnissen des kleinen Mannes mehr Rechnung. Er baute Wohnungen, die nicht in Eigenbesitz übergehen, sondern der Genossenschaft verbleiben. Die Wohnung ist unkündbar, und der Mietpreis darf nicht gesteigert werden. Der Mieter kann jedoch die Wohnung kündigen und ausziehen. Dieses System ist von dem hannoverschen Spar- und Bauverein seit 1889 mit Erfolg zur Anwendung gelangt.

Der in München 1899 gegründete Verein für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse (V. V.) hat es sich ebenfalls zur Aufgabe gemacht, für Arbeiter und ihren wirtschaftlich Gleichgestellten billige und gesunde Wohnungen, die seitens des Vereins unkündbar und unsteigerbar sind, zu erstellen. Die Mit-

Mitgliedschaft wird durch Zeichnung von Anteilscheinen zu je 300 M erworben, die mit 3 1/2 Proz. verzinst und in Raten (erste Anzahlung 75 M) oder in Wochenbeiträgen von 1 M oder Monatsbeiträgen (eventuell auch ohne Anzahlung) eingezahlt werden. Die Zeichnung eines Anteilscheins bewirkt eine unübertragbare Anwartschaft auf eine Wohnung. Die Reihenfolge der Anwartschaften wird im allgemeinen durch die Zeit der Anzahlung von 75 M bedingt. Die Genossenschaften des Bayerischen Eisenbahnerverbandes verlangen 1 M Eintrittsgebühr. Jeder Genosse muß mindestens einen und kann nicht mehr als fünf Geschäftsanteile erwerben. Ein Geschäftsanteil beträgt 100 M. Der Hannoverische Spar- und Bauverein hat den Geschäftsanteil eines jeden Genossen auf 300 M festgesetzt, und darf ein Genosse nicht mehr als drei Geschäftsanteile erwerben. Bis zur Vollzahlung von 300 M hat der Genosse wöchentlich 30 Pf. zu entrichten.

Da zum Bauen Geld gehört, ist es notwendig, daß jedes Mitglied an der Geldbeschaffung sich beteiligt. In den neueren Baugenossenschaften haben die Mitglieder Anteilscheine von mindestens 200 M, wenn auch in Raten, einzuzahlen. Unter 200 M sollte man nicht heruntergehen, schon in Rücksicht auf die Kreditfähigkeit der Genossenschaft.

Wer an die Bildung einer Baugenossenschaft herantreten will, muß sich gut vorbereiten und sich zunächst mit dem Genossenschaftsgezet bekannt machen. Die Ausarbeitung eines Statuts ist dann nicht mehr schwer. Bestehende Genossenschaften oder Divisionsverbände leisten gern Mithilfe. Eine Hauptbedingung für erfolgreiche Genossenschaftsarbeit ist eine tüchtige Genossenschaftsleitung. Hierzu geeignete Kräfte muß man zu gewinnen suchen. Die Heranziehung von Angehörigen der besitzenden und mittleren Klassen bei der Genossenschaftsbildung und als Mitglieder ist sehr zu empfehlen. Bei den bestehenden Baugenossenschaften wirken heute schon viele sach- und kaufmännische Männer, Kaufleute, Baumeister, ohne jedes Entgelt bei der Verwaltung mit, nicht zum Schaden der Arbeiterschaft. Die Mitglieder anderer Gewerkschaften werden als Sanitätsverständige den Baugenossenschaften gute Dienste leisten können.

Schließlich sind die einzelnen Baugenossenschaften in einem Verbände zusammenzubringen zur gegenseitigen Hilfe und Stütze und zur Erfüllung von gesetzlichen und anderen Zwecken, die durch eine einzelne Genossenschaft nie erreicht werden können. In München haben die durch christlich-nationale Arbeiter gebildeten Baugenossenschaften erst kürzlich ein „Bayerisches Genossenschaftskartell“ gebildet. Demselben gehören bis jetzt sieben Münchener Baugenossenschaften und vier Genossenschaften aus der näheren und weiteren Umgegend von München an. Das Kartell hat die Rechte eines Revisionsverbandes. Nach § 53 des Genossenschaftsgezetes muß nämlich die Einrichtung und Geschäftsführung einer Genossenschaft mindestens in jedem zweiten Jahre

durch einen sachverständigen Revisor geprüft werden. Genossenschaftsverbänden, die den gesetzlichen Anforderungen genügen, ist das Recht auf Bestellung des Revisors gewährleistet. Der Zweck des Kartells ist hier gegeben und in der Förderung und Wahrnehmung aller gemeinsamen Interessen der angeschlossenen Genossenschaften.

Ein solches Kartell oder ein solcher Revisionsverband bildet gewissermaßen eine Rückversicherung der Genossenschaften. Durch den Verband wird zweifellos auch die Geldbeschaffung erleichtert. Diese Verbände oder Kartelle werden in Zukunft bei der Vermittlung von Staatsgeld eine wichtige Rolle zu spielen haben. Aber auch den Wohnungsnachweis könnten die Kartelle in die Hand nehmen und den Ausgleich von abziehenden und ankommenden Baugenossenschaftsmitgliedern vermitteln. So könnte auch mancher „Wandervogel“ für die Genossenschaftsarbeit gewonnen werden.

Die Bildung und Führung einer Baugenossenschaft ist eine ernste, eine große Aufgabe; sie erfordert ganze Männer. Ein Berg von Schwierigkeiten steht vor der Erreichung des durch diese Genossenschaften erstrebten Zieles. Uebelwollende Leute versuchen die Genossenschaftsarbeit zu verdächtigen und als unwert hinzustellen. Baugewerksmeister und Hausbesitzer sehen in ihnen Konkurrenten und bekämpfen sie. Aber nicht aus Feindschaft gegen die Hausbesitzer sind die Baugenossenschaften entstanden, sondern zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses der kleinen Leute. Vielerorts steht man heute noch auf dem Standpunkt, den der Leipziger Architekt Max Pommer in seiner kleinen Schrift: „Mietwohnung oder Eigenhaus“ ausgesprochen hat: „Die Selbstmachung von nicht kapitalkräftigen Familien liegt weder in deren eigenem Interesse noch im Interesse der Gemeinden.“

Da die breiten Volksmassen von jenen, welche gewerbmäßig dazu da sind, ihnen Wohnungen zu beschaffen, nie so einschäken und ihre Aufgabe nicht erfüllen, müssen die Massen zur Selbsthilfe schreiten. Dazu haben sie ein gutes Recht. Der Staat aber hat die Aufgabe, hier helfend einzugreifen. Im Zusammenhang von Staat, Gemeinden und Baugenossenschaften wird die Wohnungsfrage, als Kardinalfrage der modernen Sozialreform, größtenteils gelöst werden können. Nimmt der Staat in der geschicktesten Weise die Beschaffung und Vermittlung von Baugeld in die Hand, treiben Staat und Gemeinden Bodenpolitik im Sinne der Wohnungsreform, so ist den Baugenossenschaften der Weg zu intensiver Arbeit geebnet. Das letzte Berichtsjahr hat 100 Baugenossenschaften mehr gebracht; die nächsten Jahre werden eine Verdopplung der Baugenossenschaften bringen, denn ihre soziale Wirksamkeit wird immer mehr erkannt.

Allgemeines.

Zur reichsgesetzlichen Regelung der Tarifverträge. Der deutsche Handwerks- und Gewerbelammetag, der in den letzten Tagen in Würzburg stattfand, hat eine Resolution angenommen, in der die reichsgesetzliche Regelung der Tarifverträge für erforderlich erklärt wird. Dazu schreibt eine halbamtliche Korrespondenz, die offenbar vom Reichsamt des Innern inspiriert worden ist, folgendes:

„In Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der Tarifgeber und auch der Arbeiterorganisationen hat die Reichsregierung bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß der gegenwärtige Zeitpunkt noch keineswegs geeignet sei, in die augenblicklich so erzwungene Einführung der Tarifverträge mit gesetzgeberischen Maßnahmen einzugreifen. Bei einer solchen Regelung kann es sich naturgemäß nicht um das öffentlich-rechtliche Gebiet, sondern lediglich um das zivilrechtliche handeln. Dabei kommt in erster Linie die Frage in Betracht, den Vereinbarungen aus Tarifverträgen ein klägliches Recht zu verleihen. Ein solches klägliches Recht hat nun bekanntlich das Reichsgericht — nach früheren entgegengesetzten Entscheidungen — für die Vereinbarungen aus einem Tarifvertrag anerkannt und die Schadensersatzpflicht der Organisation und des einzelnen Mitgliedes ausgesprochen. Hiermit ist zweifellos ein wesentlicher Anlaß zu einer gesetzlichen Regelung für die Tarifverträge beseitigt. Andererseits aber läßt das Prinzip der Schadensersatzpflicht aus vertragswidrigen Verhalten eine gewisse Begrenzung nach ihrem Umfang als wünschenswert erscheinen, weil sonst die Gefahr bestände, daß die gegenwärtige Entwicklung der Tarifverträge eine Störung erleiden würde. Bisher sind an nähernd 9000 Tarifverträge in Deutschland in Geltung, und in einer ganzen Reihe von Gewerben geht man schon von Bezirksarbitratreiben zu einer nationalen Regelung über. Hierin kommt eine Entwicklung zum Ausdruck, die einer gesetzlichen Einwirkung nicht bedarf. Eine weitere Voraussetzung für die zivilrechtliche Regelung wäre auch die Verlesung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine deren Durchführung zu erheblichen Eingriffen in die Entwicklung der Gewerkschaften führen müßte, da mit der Verlesung von Rechten naturgemäß auch die Ueberragung in Bezug auf die Haftbarkeit verbunden wäre.“

Paul Ballot, der Erbauer des deutschen Reichstagsgebäudes, starb am 10. August in Langensalza im 72. Lebensjahre. Ballot war einer der bedeutendsten Baumeister seiner Zeit. Er schuf zwar keinen neuen Stil, gab aber der monumentalen Baukunst auf übertrugener Grundlage eine moderne Gestalt. Worauf es ihm ankam, war, den Raum (einer Wand) nicht einer hohlen und nichttragenden Architektur weiter zu überlassen, sondern ihn lebend und sprechend auszugestalten.

Ballot war 1841 in Oppenheim a. Rh. geboren. Auf er seinen Entwurf zum neuen Reichstagsgebäude einreichte, war er ein unbekannter Privatarchitekt in Frankfurt a. M. Unter 90 Mitbewerbern erlangte er den ersten Preis, an seinem unerschütterlichen Glauben ist jedoch wenig geändert worden, nicht zum Vorteil des Gebäudes, wie hervortragende Baumeister behaupten. Dant hat er für sein Werk nicht geachtet, er hat sich im Gegenteil viel

Die Geschäftsstadt Berlin.

In der Kaiserlichen Stadt Berlin sind in den beiden letzten Jahreszeiten die größten Umänderungen vor sich gegangen. Die sich die Hauptbezirke der Stadt riesig vergrößert haben und ganz neue Stadtviertel entstanden sind, so haben sich in einem weiten Umkreise der Reichshauptstadt aus ehemals kleinen Bauernhöfen mächtige Gewerbeten entwickelt. In anderer Weise hat sich auch im Innern der Stadt eine weitgehende Umänderung vollzogen. Die inneren Bezirke entvölkern sich mehr und mehr, als den Wohnvierteln sind Geschäftsviertel geworden. Da die alten Baumaterialien für Geschäftsräumlichkeiten nicht genügend sind und Spezialmaterialien selten und nach außen hin zu wenig Ansehen hatten, so wurden diese alten Wohngebäude in großem Umfange niedergerissen und an ihrer Stelle treten große Geschäftspaläste, die so schön, als es je war aus Glas und Eisen bestanden. Leinwand werden diese Geschäftspaläste von privaten Unternehmern und von Baugesellschaften errichtet, die die Räume als Bureaus, Werkstätten, Expeditions-, Lager- und Ausstellungsräume weiterverarbeiten, in sehr vielen Fällen werden diese imposanteren Gebäude aber auch von Firmen errichtet, die die Räume für eigene Zwecke verwenden. So sind große Gebäude entstanden, die als Spezialhandels-, als Warenlager oder auch als Buchdruck dienen. Zum Teil ist diese Modernisierung der inneren Stadt mit der Verdrängung der Bevölkerung in die Außenbezirke noch immer im Gange. Noch immer ist die Epizentrum in Tätigkeit, nur alle, ganz gewöhnliche Gebäude in der Stadt stiller. Jahrgang nach Jahrgang werden die alten Häuser abgerissen und neue Gebäude von Eisen, Stahl und Holz errichtet. Aber die bisherige Veränderung im Innern der Stadt ist noch nicht so hoch schon so hoch, daß eine, der zwei Hauptteile nicht in Berlin war, die Stadt kann wieder

Mit der Umänderung der inneren Stadtviertel in Geschäftsviertel hat sich aber zugleich eine eigenartige Entwicklung vollzogen: die Ansammlung von einzelnen Geschäftsbetrieben in bestimmten Bezirken, und daraus sich entwickelnd, das Entstehen von Geschäftsvierteln, von Bezirken, in denen eine Geschäftsbetriebe vorherrschend ist, deren charakteristische Merkmale nicht nur in den Geschäftshäusern selbst, sondern auch in den Auslagen, an den Geschäftsbetrieben und im Straßenverkehr zum Ausdruck kommen.

Sehr charakteristisch hebt sich das Geschäftsleben im Konfektionsviertel hervor. Den Mittelpunkt dieses Viertels bildet der Hansvogelplatz. Von dort aus breitet sich das Konfektionsviertel nach allen Seiten aus. Selbst ein völlig Fremder wird bald an dem Leben und Treiben auf den Straßen erkennen, daß er hier im Bezirk der Berliner Konfektion ist. Die Giebelfronten werden beherrscht von den Geschäftsbetrieben der Konfektionsfirmen, die in ganz Deutschland bis weit ins Ausland bekannt sind. Die Auslagen laden vor den Türen große Stoffballen ab, in ganzen Reihen kommen die Konfektionsmaschinen an den „Eislagen“ vorzuführen, und dazwischen laufen Tugende Handwerker herum, denen man es in irgendeiner Weise anseht, daß sie in Konfektionsgeschäften angefaßt sind.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Konfektionsviertel hat das Käseviertel, das gleichfalls immer mehr an Ausdehnung gewinnt. Der Mittelpunkt dieses Geschäftsviertels ist der Neue Markt; von hier aus dehnt es sich bis zum Rottmarkt und bis zur Münzstraße aus. Im Käseviertel haben hauptsächlich die Schürzen- und Wäschehersteller ihre Geschäftsräumlichkeiten. Im Käseviertel ist eine ganze Anzahl Geschäftspaläste anzutreffen, von denen jeder einzelne einen Namen an der Vorderfront trägt, der an die alte deutsche Hanse erinnert. Dieser Brauch, daß die Geschäftsbauten neben der Hansmannerei auch noch einen populären Namen tragen, kommt aus den deutschen Städten des Mittel-

alters und ist in den letzten Jahren auch noch in anderen Geschäftsbauten Berlins wieder eingeführt worden.

Zur Bankenviertel, das zwischen der Markgrafen-, Schützen-, Mauer- und Neustraße liegt, treten als charakteristische Zeichen der gewaltigen Bedeutung des modernen Bankwesens die luxuriösen Geschäftshäuser der Banken hervor. Unaufhörlich kommen und gehen Kassenboten mit vollen Bedermappen oder mit schweren, verriegelten Geldsäcken, vor den Türen halten elegant gepulverte Automobile mit feinen und teuren Karosserien. Drinnen aber vor den Schaltern drängt sich eine bunte Masse von Leuten, die hier alle etwas ausgerichtet haben.

Von immer größerer Bedeutung wird auch das Bleichviertel, das in den letzten fünfzehn Jahren an der Ritterstraße und zwischen der Prützen- und Lindenstraße entstanden ist. Eigentlich ist der Name Bleichviertel nicht ganz richtig; denn nicht nur die Groß- und Exportfirmen von Bleichwaren, Lampen und anderen Metallwaren haben sich meistens in diesem Bezirk niedergelassen, sondern auch große Firmen, die Kristallgeschlösser, Bronzewaren, Seberartikel, Alben und ähnliche Artikel verkaufen. Fast in jedem Hause sind Geschäfts- und Ausstellungsräume aus diesen Branchen anzutreffen, und die meisten der Firmen, die sich hier niedergelassen haben, arbeiten wohl auch für den Export, so daß man dieses Geschäftsviertel auch das „Exportviertel“ nennen könnte.

Nicht weit vom Bleich- oder Exportviertel entfernt ist das Zeitungsviertel. Dort sind die Geschäftspaläste der großen Berliner Zeitungen anzutreffen, und fast auf jedem Gang in diesem Bezirk sieht man Spektationswagen, auf denen kompakte, runde Rollen mit Zeitungspapier transportiert werden. Auf Straßen Motorräubern laufen die Boten der großen Zeitungspeditionen hin und her, von hier aus treten die Zeitungsträgerverkäufer ihren Geschäftsgang an, und am Abend und Morgen stehen lange Reihen von Wagen, auf denen die

unberechtigte Vorwürfe gefallen lassen müssen. Er wandte deshalb nach Beendigung der Bauzeit (1882-1894) Berlin den Rücken und ging nach Dresden, wo er eine Professur annahm. An anderen bekannten hervorragenden Bauern hat er das Dresdener Ständehaus (Landtagsgebäude) geschaffen.

Dr. Coelch - „Hinten herum“. Wie das „Berliner Tagblatt“ (Nr. 409) mitteilt, hat der Syndikus des Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreicher- und verwandte Gewerbe für Rheinland und Westfalen, Dr. Coelch, auf einer Tagung des Ausschusses der Innungen und Handwerkervereine in Biersen ausgeführt:

Der Redner wies zunächst darauf hin, daß sich die Arbeitgeber erst in den letzten 6 bis 7 Jahren mehr zusammengegeschlossen hätten, während die Arbeitnehmer, die Gehilfen, dies schon weit früher mit großem Erfolge getan hätten. Von den Gehilfen seien 250 000 frei und rund 50 000 christlich organisiert. Der Redner führte weiter aus, daß nach seinen praktischen Erfahrungen mit den freien Gewerkschaften viel erproblicher zu arbeiten sei als mit den christlichen. Während die freien geradeheraus mit ihren Forderungen an die Arbeitgeber heranträten, kämen die christlichen Gewerkschaften meist von hinten herum. Die ersteren hielten sich auch gewöhnlich weit strenger an die eingegangenen Tarifverpflichtungen, während auf die letzteren wenig Verlaß sei.

Hat Herr Dr. Coelch wirklich das gesagt, was das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, dann scheint er weit jünger, oder er hat wohl wenig Erfahrung. Wir lassen ihn darum noch einige Jahre laufen, vielleicht kommt er dann „vorn herum“. Es könnte ihm auch nichts schaden, wenn er einmal seine Austraggeber über ihre Meinung fragte. Versichert kann er sein, daß er jetzt in der sozialdemokratischen Presse zu einer Person höheren Grades empfängt wird. - „Hinten herum“.

Wer hat die Ruhe der Opfer auf der Zeche Lotzungen gestört? Unter der Stichmarke „Rote Blätter“ schreibt die nationalliberale „Rheinische Zeitung“ (Nr. 911 vom 14. August):

„Die Presse der Genossen hat sich gewaltig aufgeregt, weil nach ihrer Ansicht nach der ersten Mitteilung von einer Explosion auf der Zeche Lotzungen, woraus sich die erst allmählich festgestellte Größe des Unglücks im ersten Augenblick gar nicht ersehen ließ, nicht sofort in Essen alle Festlichkeiten aufgehoben wurden. Diese Presse, die sich in diesen Tagen so unjählich blamiert hat und zum Gespött der eigenen Leser und Genossen geworden ist, sprach mit Entrüstung davon, daß man in Essen rücksichtslos die Ruhe der Opfer auf der Zeche Lotzungen störe; ein paar Kilometer von der Unglücksstätte habe man muntere Weisen gespielt und weiter gefestelt, jubiliert und musiziert. Es kam ja alles anders. Was haben aber die Genossen selbst getan? Am Sonntag feierten an verschiedenen Orten die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihr Sommerfest. Unter den Klängen munterer Weisen zogen sie durch die Straßen, und dann wurde tagelang getanzt, jubiliert und musiziert, sogar am Montag, als 100 Vergleute in Gerthe unter einer riesigen Trauerkundgebung aller Bevölkerungskreise zu Grabe geleitet wurden. Das Düsseldorf-

borfer Genossenblatt schrieb gestern: „Frühe, am zweiten Festtag (Montag nachmittag und abend), labet die Festkommission nochmals alle, groß und klein, zum Festplatz ein. Was gestern an frühlichem Spiel und Treiben im Freien (wegen schlechten Wetters) unterbleiben mußte, soll nun heute nachgeholt werden. Den Beschluß des Festes wird ein großes Feuerwerk bilden. Darum nochmals: alle hinaus zum Festplatz!“ Mehr als 15 000 Genossen und Angehörige haben sich an dem Festzug beteiligt und zwei Tage jubiliert und musiziert. Auch in Höhe und in Weiden haben die Genossen am Sonntag geräuschvolle Gewerkschaftsfeste gefeiert. Wer hat nun die Ruhe der Opfer auf der Zeche Lotzungen gestört?“

Der „Berner Anzeiger“ schreibt: „Das „Volkblatt“ und andere sozialdemokratische Blätter hatten die Mühseligkeit, die furchtbare Katastrophe von „Lotzungen“ und die Jubiläumserlichkeiten der Kruppischen Werke in Essen bergestellt miteinander in Verbindung zu bringen, daß die Aufhebung der Feierlichkeiten in Essen forderten und scharfe Bemerkungen gegen unsern Kaiser machten, weil die Feierlichkeiten nicht schon am Donnerstag abgebrochen wurden. Bei der Zeche ist die schamlose sozialdemokratische Presse nicht auf ihre Kosten gekommen. Selbst sozialdemokratische Vergleute haben die ritterliche und teilnahmsvolle Haltung des Kaisers, der alle vorgeesehenen Festlichkeiten abgesehen ließ und sich selbst zur Stätte des Unglücks begab, gern anerkannt. Das „Volkblatt“ hat auch jetzt noch allerlei zu mäkeln, wohl um des Umstandes willen, daß ihm der beste Stoff verloren gegangen ist. Wenn aber die Ruhe der Toten auf „Lotzungen“ nicht durch die Feierlichkeiten in Essen gestört werden sollte, dann hätte man doch verlangen müssen, daß das auch nicht in aller nächster Nähe der Unglücksstätte geschehen dürfte. Und wie war es Sonntag in unserer Stadt? Die Zeichen der Verunglückten lagen noch auf der Bahre. Aber angeichts des offenen Grabes ließ sich die Sozialdemokratie des Wahlkreises Bochum nicht nehmen, hier in Gerne ein großes Sängerfest mit Festzug, Konzert und Ball zu feiern. Dräben in Gerthe, eine halbe Stunde vom Festlokal, tiefer Schmerz der Hinterbliebenen; hier in Gerne ein großer Festzug mit lauter Musik. In Gerthe 110 stille Tote auf der Bahre; in Gerne eine wilde Schar ungezügelter Genossen herumtobend und skandalisierend. In Gerthe allseitige tiefe Trauer; in Gerne schwingen Obergenossen und Untergenossen auf einem ausgelassenen Ball das Tanzbein bis tief in die späte Nacht. In Gerthe gedenken die Hinterbliebenen ihrer so plötzlich verstorbenen Lieben in andächtigem Gebete; in Gerne sieht man alkoholisierte Genossen ruhige Straßenpassanten anrennend, wankend und schreiend die Straßen unsicher machen. Das ist sozialdemokratische Pietät! Das ist die Achtung vor den stillen Gelben der Arbeit! Eine schämmere Verhöhnung der Verunglückten und der Leidtragenden ist nicht denkbar.“

Das ist bitter. **Evangelische Arbeiterführer gegen die „Gelben“.** Die in Bethel bei Bielefeld zu einem kurzum verjammelten evangelischen Führer der christlich-nationalen Ar-

beiterbewegung beschäftigten sich u. a. auch mit der „gelben“ Bewegung und nahmen einmütig folgende Entschlie-ßung an:

„Die in Bethel bei Bielefeld tagende Konferenz von 45 evangelischen Arbeitervereinen und Gewerkschaftssekretären aus allen Teilen Deutschlands bedauert, daß tiefste die durch die Gründung von sogenannten „gelben“ Wertvereinen, vaterländischen oder reichstreuen Arbeitervereinen in die nationalgestimmte Arbeiterschaft getragene Verwirrung und Zerspaltung und die Förderung solcher Gründungen seitens regierender und politischer Kreise. Ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, nationalen Unzuverlässigkeit wegen ist die „gelbe“ Bewegung nicht imstande, einen festen Wall gegen die klassenkämpferische, vaterlands- und christentumsfeindliche Sozialdemokratie zu bilden.“

Die auch eine geistige Bewegung darstellende Sozialdemokratie kann dauernd nur durch Entgegenstellung einer anderen, von der Arbeiterschaft selbst getragenen wirtschaftlichen und geistigen Bewegung überwunden werden, nicht aber durch die von Unternehmern unter Anwendung unwürdigen Zwanges ins Leben gerufenen, völlig diesseitig materialistisch orientierten „gelben“ Organisationen. Die Konferenz richtet an die denkende evangelische Arbeiterschaft die dringende Mahnung, den zu Charakterlosigkeit, Heuchelei und religiöser Feindschaft führenden „gelben“ Vereinigungen nicht beizutreten, sondern sich in immer größeren Scharen den konfessionell und politisch unabhängigen christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen als den besten Organisationsformen zur Vertretung der wirtschaftlichen, nationalen und religiös-sittlichen Interessen anzuschließen. Die Freunde einer gesunden deutschen Arbeiterbewegung, sowie die politischen Parteien und Persönlichkeiten, die bei Wahlen auf die Stimmen der christlich-nationalen Arbeiter rechnen, ersucht die Konferenz, sich nicht durch hochtrabende, leere Worte für die „gelben“ Vereine einnehmen zu lassen, sondern die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Ansehung ihrer segensreichen Wirksamkeit nachdrücklich zu fördern.“

Die wirklichen Interessenten der gelben Wertvereine sind nicht die Mitglieder, sondern die betreffenden Unternehmer, die den Anstoß zur Gründung solcher Vereine geben und sie auch finanziell aushalten. Ein erneuter drastischer Beweis dafür ist die in einer Generalversammlung vom 28. Juli d. J. vorgelegte Jahresabrechnung der Badischen Amliu- und Soda-Werke in Ludwigshafen. Wie die „Ludwigshafener Postzeitung“ mitteilen konnte, enthielt dieser Bericht folgende Angaben über Beitragsleistungen: An Beiträgen für 3894 Mitglieder des gelben Vereins zahlte die Fabrik 87 444 M., die ordentlichen Mitglieder 3875 M., die außerordentlichen Mitglieder (das sind jedenfalls Direktoren, Verwalter und sonstige Beamte) 6108 M. Vergleicht man diese Ziffern, so sieht jeder auf den ersten Blick, daß dieser gelbe Verein fast ausschließlich von Amliosen lebt. Und ähnlich wie hier, so liegen die Verhältnisse bei allen anderen gelben Vereinen. Die Unternehmer lassen sich die Sache etwas kosten, wissen sie doch ganz genau, daß sie ein vorzügliches Geschäft damit machen.

Ein christlicher Gewerkschaftsvorsitzender der Verleitung zum Meineid beschuldigt. Unter dieser oder ähnlicher Ueberschrift läuft durch einen Teil der Presse eine Notiz, wonach der Kollege D s w a l d, der Vorsitzende des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, sich obigen Verbrechens schuldig gemacht haben soll. Der Kollege D s w a l d bemerkt zu dieser Anschuldigung:

„Der Antrag zu dieser Verfolgung ist zweifellos von demselben Wolf gestellt, der vor wenigen Monaten wegen Beleidigung gegen mich zu 400 M. Geldstrafe ev. 40 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Zur Klärung des Sachverhaltes stelle ich folgendes fest: Gegenständig des Wolf-Prozesses hatte ich in Braunschweig eine Versammlung, in welcher ich zu der Wolf-Prozess-Stellung nahm. Aus einigen von mir gemachten Bemerkungen wollte nun Wolf im Prozeß gegen ihn eine Beleidigungs-Widerlage gegen mich konstruieren. In den Verhandlungen zu dieser Sache nahm ich Anlaß, an den Vorsitzenden unserer Ortsgruppe in Braunschweig das Ersuchen zu stellen, mir Personen aus der Versammlung mitzutheilen, die ich eventuell gegen die Angaben des Wolf als Zeugen benennen könnte. Daraus rief nun Wolf die Verdächtigung her, daß hierin eine Verleitung zum Meineid liege. Es ist mir nichts bekannt, daß ich im ganzen Wolf-Prozeß versucht hätte, einen Zeugen irgendeine zu veranlassen, Ausagen zu machen, die er mit seinem Eid nicht vereinbaren könnte. Ich sehe daher der gegen mich eingeleiteten Untersuchung mit aller Ruhe entgegen. Daß an der Sache kein wahres Wort ist, wissen auch meine Gegner, insbesondere derjenige, der den Antrag auf Strafverfolgung gestellt hat. Die Sache ist aber für meine Gegner insoweit von Wert, als sie bis zur Erledigung des Verfahrens gegen mich die Anzeige weidlich ausnützen zu können hoffen.“

Der fragliche Brief, der die Unterlage zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Kollegen D s w a l d abgeben soll, hat folgenden Wortlaut:

„Werter Kollege! Wie mir unser Rechtsanwalt mitteilt, werden auf Antrag Wolf neben Dir noch zwei Zeugen in Braunschweig vernommen. Um nun unsererseits ebenfalls mindestens die gleiche Anzahl von Zeugen noch benennen zu können, bitte ich um Mitteilung von Kollegen, die an der betreffenden Versammlung teilgenommen haben. Mit kollegialem Gruß! D. Oswald.“

Wie darin ein Versuch zur Meineidsverleitung erblickt werden kann, ist unverständlich.

Zeitungen, in Bündeln verpackt, an die einzelnen Ausgabestellen oder an das Postzeitungsamt gesandt werden.

Im Norden Berlins, oberhalb des Dramenburger Torcs, liegt das Maschinenviertel, das seinen Namen bereits verschiedene Jahrzehnte führt. Hier hatten wir früher als die großen Maschinenfabriken niedergelegten, die dem Bezirk ihren Namen und das charakteristische Leben und Treiben gaben. Mit der Behauptung des Nordens und der nördlichen Außenbezirke und mit der Wertsteigerung des Bodens wurde aber eine Fabrik nach der andern niedergelegt, die Fabriken siedelten sich allmählich von Berlin oder an den äußersten Punkten Groß-Berlins an. Zwar sind auch jetzt in diesem Viertel noch einige Maschinenfabriken anzutreffen, aber den Namen Maschinenviertel verdient es doch nicht mehr in dem gleichen Umfange wie in vergangenen Jahrzehnten.

Im Gegensatz zum Maschinenviertel ist das Schlächterviertel, das seit ungefähr anderthalb Jahrzehnten draußen im äußersten Osten der Stadt liegt, ein ganz neuer Bezirk. Zuerst erhielt der Bezirk diesen Namen nur, weil der neue städtische Schlachthof in der Nähe liegt. Mit der Zeit jedoch ist dieses Viertel der richtige Mittelpunkt für das ganze Berliner Schlächtergewerbe geworden und ebenso für den Viehhandel. Fast alle im Viehhof beschäftigten Beamten und Arbeiter haben hier niedergelassen und auch die meisten Engros-Schlächter und Viehkommissionäre wohnen dort. Ebenso hat man viele Geschäfte an, in denen ausschließlich Maschinen, Geräte und Einrichtungsgegenstände für das Schlächtergewerbe verkauft werden, sogar einige Hotels sind hier, die so gut wie ausschließlich von Viehhändlern besucht werden.

In Berlin W. kann man auch von einem Pensionatsviertel sprechen. Zu Tausenden sind dort die Pensionate nebeneinander anzutreffen, und in ganzen Straßen promeniieren die Pensionsträulein auf den Bänken. Weiter kann man auch von einem Hotel-Fremdenviertel sprechen. Es dehnt sich aus

zwischen dem Bahnhof Friedrichstraße und zwischen dem Potsdamer und Anhalter Bahnhof. In diesem Bezirk liegen fast alle großen Hotels, die Berlin aufweisen kann, und auch die großen Cafés, Restaurationen, Bars, Weinhäuser und Geschäfte, in denen die nach Berlin kommenden Fremden verkehren und ihre Einkäufe machen, liegen meistens in dieser Stadtgegend.

Verschiedene Straßengevierte im alten Osten Berlins kann man als Holzviertel bezeichnen. Wie im Norden Berlins der Metallarbeiter an Zahl am stärksten hervortritt, so ist im Osten Berlins der Holzarbeiter am meisten vertreten. In den Hinterhäusern des Ostens, die als Fabriken angelegt oder eingerichtet sind, finden wir überall Holzbearbeitungsfabriken der verschiedensten Art. Vielfach machen sich auch die Ansätze zur Herausbildung noch weiterer Geschäftsviertel bemerkbar. Wir haben das Studentenviertel, in dem sehr viele Leute vom Weitervermieteten an Studenten und andere junge Leute leben, wir können von einem Elektrizitätsviertel sprechen, und in der Nähe des alten Geheimratsviertels entsteht ein neues Geschäftsviertel, das man als Verlegerviertel bezeichnen kann, weil sich dort viele Buchverlagsanstalten niedergelassen haben. Das Gerichts- und Polizeiviertel wächst sich auch immer stärker aus. Es liegt in der Nähe des Alexanderplatzes. Dort ist das Polizeipräsidium, das Amtsgerichtsgefängnis für Berlin, außerdem in der Nähe noch verschiedene Nebenbauten des Polizeipräsidiums und der gewaltige Gebäudekomplex, in dem das Amtsgericht Berlin-Mitte und das Landgericht I untergebracht sind.

Diese Uebersicht über die verschiedenen Geschäftsviertel Berlins ist vielleicht lange nicht vollständig; in jedem dieser Viertel aber wird das Charakteristische des Bezirks mit jedem Jahre mehr hervorgehoben. A. W.

Wie „Sich Berlin“ Tarifverträge abschließt. Gewerkschaftliche Erfolge sind bei „Sich Berlin“ äußerst selten. Um nun aber doch mit solchen paradien zu können, verfährt man auf die absonderlichsten Mittel, die aber leider sehr oft mit der katholischen Moral, deren einzig richtiger Interpret bekanntlich „Sich Berlin“ ist, in ärgerlicher Weise auf dem Kriegsfuß stehen. Folgender charakteristischer Fall als Beweis. Der Berliner „Arbeiter“ berichtet in seiner Nr. 29, daß am 14. Juli zwischen zwei vereinigten Ettringer Tuffsteingrubenbesitzern und dem katholischen Arbeiterverein „Sich Berlin“ ein Tarifvertrag abgeschlossen worden sei. Um diesen „Erfolg“ von „Sich Berlin“ ins rechte Licht zu rücken, wurde mit großer Wichtigkeit von dem neuen Vertrag als von einem umfangreichen Werk geredet, das mit seinen 61 Paragraphen aufmerksame Arbeit erfordert habe. Dazu schreibt das Organ des christlichen Stein- und Keramikerarbeiterverbandes:

„Eine frechere und unerschämtere Lüge haben wir noch selten gelesen. Beweis:

1. Die Einleitung zu dem Ettringer Tuffsteintarif lautet wörtlich: „Zwischen den vereinigten Ettringer Tuffsteingrubenbesitzern und dem Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter, sowie der Steinarbeiter-Berufsgruppe des Verbandes der kath. Arbeitervereine andererseits wurde heute u. s. w.“

2. Die Berliner hatten im ganzen Tuffsteingebiet nur 16 Mitglieder, nur circa 300. Die ganze „umfangreiche, aufmerksame Arbeit“, die die Berliner geleistet haben wollen, wurde von unserer Kommission geleistet. Die „Berliner“ Zeitung kümmerte sich kaum um die Verhandlungen. In seiner Unkenntnis über den Stand der Dinge hielt ihr Führer Herr Ottersbach den Tarif schon am 22. Juni für abgeschlossen, während die Arbeiter noch nach diesem Tage die Kündigung einreichen mußten, um den Tarifabschluß zu ermöglichen. Das alles wissen die Herrschaften ganz genau. Wenn sie dennoch wider besseres Wissen und mit dem erschütternden ausdrücklichen Vorbehalt, das Publikum zu täuschen, in ihrem Blatte behaupten, der Tarifvertragsabschluß wäre das Werk der Berliner, so ist das bezeichnend für die Moral und die sittlichen Grundsätze von „Sich Berlin“. Mit den Lehren der katholischen Kirche haben solche Grundsätze nichts gemein, denn jeder Schluß weiß, daß solch Religion solche Moral nicht erlaubt.“

Ein behördliches Einigungsamt in der Schweiz.

Die Regierung des Kantons Zürich hat einen Antrag auf Errichtung obligatorischer Einigungsämter eingebracht. Derselbe fordert den Erscheinungs- und Verhandlungszwang für Parteien und die Annahme der Wahl als Vertreter in das Einigungsamt. Bei Ablehnung der Wahl als Vertreter sind Strafen von 5 bis 20 Franken vorgezogen. Das Einigungsamt tritt in Tätigkeit beim Ausbruch von Kollektivstreiks. Als solche gelten, wenn mindestens zehn in einem Betriebe beschäftigte Arbeiter mit dem Betriebsinhaber in einen Konflikt geraten. Die Regierung kann das Einigungsverfahren jedoch auch bei weniger als zehn Arbeitern anordnen, wenn das im öffentlichen Interesse liegt. Die Arbeiter der öffentlichen Betriebe, die kein Streikrecht haben, sind von der Anwendbarkeit des Gesetzes ausgeschlossen.

Die Tätigkeit des Einigungsamtes soll sich folgendermaßen vollziehen: Zunächst versucht das Einigungsamt eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Gelingt dies nicht, wird auf Verlangen beider Parteien ein rechtsverbindlicher Schiedsspruch gefällt. Sollen die Parteien einen Schiedsspruch und die Unterwerfung unter denselben ab, so kann der Regierungsrat trotzdem einen solchen verlangen, wenn er ihn im Interesse der öffentlichen Auffklärung für erforderlich hält. Vor Einleitung und während der Dauer des Verfahrens vor dem Einigungsamt sind Streiks, Sperrn, Streikpostenstreiken, Ausperrungen, schwarze Listen und Anwerbung von Arbeitswilligen verboten.

Das Einigungsamt soll sich zusammensetzen aus einem Vorstand von drei Mitgliedern, den notwendigen Sachverständigen und dem Sekretariat. Die Zahl der Sachverständigen soll nicht unter 60 betragen, die sich je zur Hälfte auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilen. Die Mitglieder, die Schweizer Bürger und Bürgerinnen sein müssen, werden auf Vorschlag der kantonalen Gewerkschaftskommission von der Regierung auf die Dauer von drei Jahren gewählt.

Haben beim Ausbruch von Streiksigkeiten private Verständigungsversuche innerhalb zehn Tagen zu einer Einigung nicht geführt, so ist dem Einigungsamt schriftliche Anzeige zu erstatten. Bei kollektiver Arbeitsniederlegung oder Sperrn über ein oder mehrere Geschäfte, sowie bei Aussperrungen, hat die Anzeige sofort zu erfolgen. Nach der Gewährung des betriebsbedingten Streiks ist verpflichtet, von dem Ausbruch kollektiver Arbeitsniederlegungen Anzeige zu erstatten. Ist die Anzeige erstattet, so hat der Vorsitzende des Einigungsamtes die Parteien zur Wahl einer Delegation von zwei bis fünf Vertretern auf. Die Wahl muß in einer angemessenen kurzen Frist geschehen sein, die Vertreter müssen mit den notwendigen Vollmachten und Jurisdiktionen ausgestattet sein. Die Zuziehung von Organisationsführern ist zulässig.

Ein Schiedsspruch wird verbindlich, wenn er auf Verlangen einer Partei gefällt wurde. Die Durchföhrung des Schiedsspruches muß von dem Einigungsamt durch Zwang und Vollmacht gesichert werden. Werden einigungsamtliche Entscheidungen von den Parteien nicht anerkannt, so können sie durch die Regierung gezwungen werden, die Entscheidungen anzuerkennen. Die Dauer der Dauer des Verfahrens ist bei einer Streik bis zu einem Monat eingetragt und einer Schlichtung bis zu 20 Tagen begrenzt.

Wird dieser Antrag Gesetz, wäre den vielen wilden Streiks in Zürich, die noch meistens zumungunsten der Arbeiter verliefen, in etwas ein Damm vorgezogen. Die praktische Bewährung ist immerhin abzuwarten. Neugierig kann man auf die Haltung der schweizerischen Sozialdemokratie zu diesem Antrag sein.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über die Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtinhaltung des Tarifs). **Eöln** (für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen). **Lüdinghausen** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Herne i. Westf.** (Gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senge). **Gelsenkirchen** (Fliesenleger) Sperrung über die Firma Günnebeck & Co. **Oberglogau**, Kreis Neustadt O.-S. (Sperrung über den Bauunternehmer Brüg wegen Nichtanerkennung des bestehenden Tarifs). **Berlin** (Dachdecker). Seit 26. Juli allgemeine Dachdeckerausperrung. **Os-nabrück** (Sperrung über den Tiefbauunternehmer Gaus aus Dielefeld wegen Nichtzahlung des Tariflohnes). **Wittburg**, Eifel (Sperrung über die Firmen Garjon jr. und sen. wegen Mahregelung). **Ilbenbüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Wugmann wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages). **Wanne** (Sperrung über die Firma Leonh. Wolf aus München über den Schienenbau am Rhein-Gerne-Kanal). Zugung ist fernzuhalten.

Bezirk Bochum.

Wanne. Bei der Firma Leonh. Wolf, München, sind Differenzen ausgebrochen, die durch das Verhalten der Firma sich nicht vermeiden ließen. Die Maurer der Firma Leonh. Wolf haben erreicht, daß ihnen am Schienenbau des Rhein-Gerne-Kanals 65 Pf. Stundenlohn gezahlt wird. Demgegenüber haben die Bauhilfsarbeiter nur einen Lohn von 42-43 Pf. Seitens der Organisation reicht man daher die schriftliche Forderung auf 55 Pf. für die Bauhilfsarbeiter ein. Die Firma antwortete nicht. Unseren weiteren Bemühungen, persönlich mit ihr zu verhandeln, suchte dieselbe durch ihre Angehörigen mit allerlei Ausreden aus dem Wege zu gehen. Die Bauhilfsarbeiter sind nunmehr in den Streik getreten. Da die Firma den Versuch machen wird, die Bauhilfsarbeiter durch ihre Erdarbeiter zu ersetzen, wird um weitgehendste Solidarität gebeten.

Bezirk Frankfurt a. M.

Reuhof. Durch die hier aufblühende Kali-Industrie ist die Beschäftigung ständig im Steigen begriffen. Durch umfangreiche Anlagen ist es einem Teil unserer sonst abwandernden Bauarbeiter möglich, in der Heimat Beschäftigung zu finden. Bei den fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreisen beschließen nun die Kollegen, bei der Firma Sievers u. Co. aus Kernenburg a. Harz, welche zurzeit hier größere Arbeiten ausführt, eine Lohnforderung zu stellen. Nach vorher abgehaltenen Versammlungen wurde am 18. Juli der Firma die Forderung von 50 Pf. für Maurer und 45 Pf. für Hilfsarbeiter pro Stunde mit dem Verlangen, dieses tariflich festzulegen, zugestellt. Die bisher gezahlten Löhne waren Klassenlöhne je nach Stellung und Arbeits Gelegenheit. In der nun am 8. August mit Herrn Sievers geführten Verhandlung wurde der Lohn für Maurer auf 50 Pf. und für Hilfsarbeiter auf 41 Pf. pro Stunde festgelegt. Wer jedoch als Spezialarbeiter bisher mehr an Lohn hatte, behält diesen weiter. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Mittelständigen Vertrags. Sollten Beschwerden von den Arbeitern vorliegen, dann soll dieses dem Herrn Sievers mitgeteilt werden, welcher alsdann für Abhilfe sorgen will. Durch diesen Abschluß erhalten die Kollegen an Lohnsteigerung für Maurer durchschnittlich 4 Pf. und die Hilfsarbeiter 3 Pf. pro Stunde. Nachdem nun die Kollegen diesen schönen Erfolg zu verzeichnen haben, ist es auch jetzt Pflicht, das Organisationsleben besser wie bisher zu pflegen. Bundesdelegierten müssen vor allen Dingen gewählt und genaue Bücherkontrolle muß eingeführt werden. Dann wird die Zahl der Gewerkschaftler den Beschäftigten halb gleichkommen. Darum, Kollegen, mit vollem Pflichtbewußtsein an die Arbeit.

Bezirk Hannover.

Rinden l. S. Der Streik bei der Firma Hefb & Franke am Bau des Elm-Dejer-Kanals ist nach zickender, ergebnisloser Dauer erfolglos beendet. Die streikenden Erdarbeiter haben sich tapfer gehalten, in den letzten Wochen sind nur vier ungeschicklich. Auch diese sind den Forderungen, Borsarbeiter zu werden, unterlegen; ob sie große Ansprüche haben, wird sich zeigen müssen. Von den Reichsrieken und Heizeren sind dagegen gleich im Anfang und auch später einige von den Streikenden ungeschicklich, auch war es der Firma gelungen, noch eine Anzahl von auswärtigen zuzuziehen. Daß wir mit einer größeren Anzahl ausländischer Erdarbeiter als Arbeitswillige zu rechnen hatten, war uns von Anfang an klar, diese „unglücklichen Elemente“, mögen sie auch sonst noch so verkommen sein, dienen ja dazu, den deutschen Arbeitern den Kampf um ihre bessere Existenz zu erschwern. Die meisten Hoffnungen hatten wir auf das Reichsriekenpersonal gesetzt, und gerade hier sind wir stark enttäuscht worden. Es war uns zwar gelungen, eine größere Zahl von zugereichten Arbeitswilligen abzuwickeln, aber der Andrang war zu stark. Die Firma hat keine Kosten gescheut, um den Kampf zu gewinnen, und hätte die entstandenen Kosten einer Lohnsteigerung gleichkommen. Auch die Behörde fand zum Teil auf Seiten der Firma, die Gendarmen waren redlich bemüht, der Firma zu helfen und uns Schwierigkeiten zu bereiten. Wir sind jetzt dem Reichsrieken dankbar, daß wir uns nicht in den Kampf verwickeln ließen, sondern sich hart verweigerten. Auch hier zeigte sich wieder, daß auch in Behördenkreisen noch viel soziales Bewußtsein fehlt. Die Firma braucht daher nicht stolz auf ihren Sieg zu sein, denn die Mittel, mit denen sie kämpfte, waren gewiß nicht moralisch. Unsere Kollegen haben bewiesen, daß auch die Erdarbeiter einen längeren Kampf

zu führen wissen, denn der Kampf dürfte einer ersten sein, bei denen die Erdarbeiter eine so str. Disziplin gezeigt haben. Die Kollegen haben mit gegen 3 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie versprochen, der Organisation treu zu bleiben, weil sie wissen, daß diese während des Kampfes ihre volle Schuldigkeit getan hat. Weiben die Kollegen, arbeiten sie an dem weiteren Ausbau der Organisation, dann werden wir die Charta wieder auswirken können.

Fliesenleger.

Gelsenkirchen. Die Sperrung über die Firma Günbeck u. Co. besteht nach wie vor weiter. Leider sind eine Anzahl Fliesenleger gefunden, die Arbeitswilligendienste verrichten. Es ist dieses eine traurige Tatsache, die man immer noch bei Bewegungen wahrnehmen muß. Uns will aber auch scheinen, daß unter den Fliesenlegern im allgemeinen im Punkte Solidarität noch man sich bessern muß. Solidarität übt man nicht allein, indem man die gesperrte Firma meidet, sondern auch durch, daß man bestrebt ist, die Arbeitsstelle auch „Arbeitswilligen“ frei zu halten. Die Firma Günbeck u. Co. hat in der letzten Zeit (teilweise bestehen die Arbeitsstätten auch heute noch) im Düsseldorf, Dortmund und Neulinghauser Bezirk Arbeiter angestellt. Waren nicht die Fliesenleger-Sektionen der b. Orte dazu verpflichtet gewesen, Stellung zu der Firma Günbeck u. Co. zu nehmen? Wenig ist geschehen. Wir wenden uns daher heute erneut an die Vorstände Fliesenleger in den einzelnen Städten, um sie zu unterstützen. Es kann doch letzten Endes allen Fliesenlegern nicht einerlei sein, welchen Verlauf die Sperrung auch nicht, wie lange dieselbe noch anhält. Darum Fliesenleger, wo immer auch nur sich Gelegenheit bietet, seid ihr verpflichtet, uns zu unterstützen und dafür einzutreten, daß die Sperrung über die Firma Günbeck u. Co. nicht erfolglos verläuft. Wir werden den einzelnen Fliesenlegern noch genaue Angaben zugehen lassen, wo auch bildlich die Firma Arbeiten ausführt. Hoch die Solidarität! Der Vorstand der Fliesenleger Gelsenkirchens.

Bezirk Frankfurt a. M.

Coblenz. Der Streik der Fliesenleger in Coblenz ist nach vierzehntägiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet worden. Wenn auch nicht alles Gewünschte erreicht worden ist, so haben doch die Fliesenleger sich Vorteile errungen. Der abgeschlossene Vertrag läuft bis Ende des Jahres, der Stundenlohn steigt sofort um 10 Pf. pro Stunde, nächstes Jahr um 2 und übernächstes Jahr einmal um 3 Pf. pro Stunde, so daß er im Jahre 1905 65 Pf. beträgt. Dementsprechend steigen auch die Abklopppreise. Die Fliesenleger haben gezeigt, was Einigung vermag. Nun heißt es aber auch, treu zur Organisation zu halten, damit der Vertrag auch voll und ganz durchgeführt werden kann. Wir müssen den Arbeitgebern zeigen, daß wir das einmal Errungene auch festzuhalten verstehen. Im übrigen müssen wir uns voll und ganz auf dem Boden des Tarifvertrages stellen, das kann die späteren Lohnbewegungen nur förderlich sein. Wir möchten aber auch die Maurer ermahnen, keine Fliesenlegerarbeiten mehr auszuführen, wo dieses sich aber nicht vermeiden läßt, den tariflichen Lohn der Fliesenleger zu verlangen.

Verbandsnachrichten.

(Berichtungsberichte sind sofort nach Einfinden der Versammlung einzufügen. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an einer Seite ein ca. zweifingertreter Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 25. August, der sechsundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Coblenz. Der „Grundstein“ enthält in seiner Nr. einen Artikel, fabriziert in Coblenz, der eingangs sagt, daß die Verhältnisse der dortigen Bauarbeiter durch gemeinsames Zusammenarbeiten beider Organisationen immer günstiger geregelt wurden und dieses Verhältnis somit als segensreich erweisen habe. Damit wird, wie auch ungewollt, die Tätigkeit unseres Verbandes voll und ganz anerkannt. Dieses soll nach obigem Artikel von einem Male anders werden, und zwar soll unsere Organisation den Druck provoziert haben, der nun nicht mehr zu verhindern ist. Die Entwicklung des deutschen Bauarbeiterverbandes soll es nach diesem Artikel sein, den christlichen Strategen die Ruhe raubt und sie zu den Mitteln der Demagogie greifen läßt. Auch wollen die „armen Christlichen“, denen die Entlohnung der Voppar-Bauarbeiter, um die es sich in diesem Falle handelt, Lebensfrage ist, an deren Zerstückelung ihr „Säpfe“ tochen. Schließlich soll noch ein christlicher Schreiber (sozialdemokratischer) die ganze Behörde gegen den starken deutschen Bauarbeiterverband durch einen Artikel in der Coblenzer Volkszeitung mobil gemacht haben. In diesem Sinne jammert der Schreiber des starken deutschen Bauarbeiterverbandes in einem 85 Zeilen langen Artikel gegen den so unbedeutenden christlichen Verband. Die Sache selbst möchten wir nun folgendes feststellen: Der Artikelschreiber des „starken Verbandes“ aus Coblenz kennt das Zusammenarbeiten beider Organisationen offenbar nur dann als segensreich an, wenn ihm das dortige Agitations- und Ausbreitungsgebiet ohne Kampf überlassen wird. Wir wollen ihm aber gleich mitteilen, daß dieses keineswegs der Fall sein wird, selbst auf die Coblenz hin, daß das erträgliche Verhältnis in die Richtung geht. Wir verlangen für uns dieselben Rechte, die auch der deutsche Bauarbeiterverband für sich in Anspruch nimmt. Unsere Ruhe, dessen kann der Artikelschreiber sich nicht sein, wird dabei nicht verloren gehen. Weiter sollen wir zu dem Mittel der Demagogie gegriffen und

Hopparder Behörde zum Einschreiten gegen den deutschen Bauarbeiterverband veranlaßt haben. So schreibt wenigstens dessen Coblenzer Vertreter, also muß es auch wahr sein. Wo aber, mein verehrter Herr Schreiber, sind die Beweise? Wer von den Christlichen hat denunziert und bei wem ist die Denunziation erfolgt? Wer ist der christliche Artikelschreiber? Mit bloßen Behauptungen geben wir uns nicht zufrieden, sondern verlangen, daß für deren Aufstellung auch der Wahrheitsbeweis geliefert wird. Nach der Moral von Kautsky ist ein Genosse allerdings dazu nicht verpflichtet. Wir wollen aber, um dem Artikelschreiber des „Grundsteins“ auf die Spur zu helfen, diesem verraten, daß die Mittel der Denunziation nicht zu unserer Agitationspraxis gehören. Diese überlassen wir vielmehr dem „starken deutschen Bauarbeiterverband“, dessen Vertreter nachweisbar schon oft davon Gebrauch gemacht haben. In den Köpfen dieser Strategen, um den Ausdruck des „Grundsteins“ zu gebrauchen, riß jeder Artikel, der von irgendeiner uns befreundeten Presse gebracht wird, ein solches Unheil an, daß sie im Geiste sofort einen Christlichen als Verfasser und Denunzianten erblickten. Wenn diese Auffassung verallgemeinert werden soll, müßten auch wir alle gegen uns von der sozialdemokratischen Presse gerichteten Artikel als Geistesprodukt der freien Gewerkschaftsführer betrachten und diese ebenfalls dafür verantwortlich machen. Ob der Herr Einsender dazu Lust hat? — Weiter hatte der Schreiber die Behauptung aufgestellt, daß der christliche Verband trotz der schlechten Löhne der Hopparder Bauarbeiter sich bis jetzt um diese nicht gekümmert hätte. Auch hier wollen wir diesem Strategen mitteilen, daß, nach wie er nach Coblenz spazierte, wir schon wiederholt uns um die Hopparder Bauarbeiter bemühten. Wir wollten ihm aber auch weiter eröffnen, daß die Hopparder Bauarbeiter schon einmal zum größten Teil Mitglieder des großen deutschen Bauarbeiterverbandes waren, der es aber trotz seiner Stärke nicht fertig brachte, die „erbärmliche Entlohnung“ der dortigen Arbeiter auch nur um einen Pfennig zu bessern, so daß diese dem mächtigen Verband wieder den Rücken kehrten. Zum Schluß jaßelt der Einsender noch von einem Verwäch von Leuten, durch das sich die Hopparder Bauarbeiter nicht sollen einfangen lassen. Hier ist denn doch die Frage am Platze: Wer hat in der Versammlung zu Hoppard gewacht? War es doch der Artikelschreiber selbst, der damals in der Diskussion ausdrücklich feststellte, daß der Mejerent unseres Verbandes sein Thema in großzügiger Weise behandelt habe. Dort konnte man freilich nicht anders handeln, man besand sich ja den Versammlungsteilnehmern gegenüber, deren Urteil man selbst mit den größten Schlagwörtern nicht trüben konnte. Im „Grundstein“, dessen Papier allerdings sehr geduldig ist, schreibt man von Verwäch. Wenn tatsächlich gewächsen worden ist, dann muß die Wächfrau schon im roten Lager zu suchen sein. Wir sind der Ansicht, daß der besagte Artikel im ganzen eine Mischung von Verwäch und Lamento darstellt, die den so starken deutschen Bauarbeiterverband in Coblenz in einem recht schwachen Lichte erscheinen läßt. Den Bauarbeitern in Hoppard aber rufen wir zu: Euer Platz kann nur im christlichen Bauarbeiterverband sein.

Cöln. (Halbjahrs- und Situationsbericht.) Ein frischer Zug geht durchs hiesige Baugewerbe, wie dieses so recht der Bericht des Statistischen Amtes vom 1. Quartal bezeugt. In dem genannten Bericht wird angeführt, daß seit 1895 noch in keinem Vierteljahr so viele Gebäude in Cöln und den Vororten fertiggestellt wurden, als in diesem Jahre. Es wurden errichtet: 1. Quartal 1912 98 Gebäude, 1. Quartal 1911 80 und 1. Quartal 1910 82 Gebäude. Das günstige Ergebnis dieses Jahres, so sagt der Bericht, ist mit auf die für das Baugewerbe günstige Witterung des verfloffenen Winters zurückzuführen. Im 2. Quartal sind ebenfalls zahlreiche Bauten in Angriff genommen worden. Die Aussichten für die Zukunft sind gute, zumal in der Altstadt viele alte Gebäude neuen, modernen Nebenbauten weichen müssen. Sodann wird durch den Abbruch der alten Festungswerke ein großes Baugelände frei. Wenig gebaut wird derzeit in B.-Glabbach, Bensberg, sowie in Irchen und Brühl. — Eine Anzahl Lohnbewegungen mußte in der Berichtszeit geführt werden. Zunächst war es die Tariferneuerung im Cöln-Mülheimer Studgerbe, die nach vielen Verhandlungen eine friedliche Abidigung fand. Sodann kam es zu einer größeren Arbeitseinstellung im Betongewerbe, an der Beteiligung der Eisenbahnüber- bzw. unterführungen zwischen Mwallung und Ehrenfeld-Rippes. Es gelang hier, die verweigerte Tariflohnzahlung in vierwöchentlicher Arbeitseinstellung zu erzwingen. An den Wohnungsbauewerken an der Militärstraße, Fort Müssenberg und Fort Komar, kam es bei der Anna Besser zu einer sechswöchentlichen Arbeitseinstellung. Durch die Heranziehung zahlreicher Ausländer wurde die Sperre wirkungslos. In Truisdorf erklärten sich die Maurer und Tischlerarbeiter in wöchentlichem Streik den Abschluß eines Tarifes, der 2 Pf. mehr Lohn vorsieht, als der in Bonn bestehende Vertrag. — Im Studgerbe in Wiesdorf-Pladen kam es zum ersten Male zum Tarifabschluß. Die achtstägige Sperre beim Stuckmeister Linn in Pladen wurde notwendig, weil Linn nach Einreichung Tarifentwürfes sämtliche Kollegen entließ. Nach acht Tagen erklärte sich Linn bereit, alle Kollegen wieder anzustellen, und er erkannte auch den Tarif an. In ähnlichen Bewegungen, mit Ausnahme der Sperre Besser, haben die Kollegen namhafte Vorteile gesichert werden. Agitation wird durch die Lohnbewegungen fast immer begrenzt. Es wurden im 1. Quartal 347 und im 2. Quartal 225 Mitglieder neu aufgenommen. 95 Mitglieder der „freien“ Verbände traten zu unserem Verband über. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1884 1000. Aufnahmen gemäß müßten es über 2000 sein, je eine starke Fluktuation, veranlaßt durch die große Abfuhr der jüngeren Kollegen, aber auch durch häufigen Wohnungswechsel und häufigen Wechsel der Arbeitsstelle. Eine neue Stelle im Verbandesleben. Wo auf Baustellen Baudelegierte sind, wird die Fluktuation

wesentlich eingeschränkt. Jeder wird durch Gleichgültigkeit vielfach die Wahl eines Delegierten unseres Verbandes unterlassen. Hierin muß noch vieles gebessert werden. — Am Sonntag, den 4. August, fand eine Ausschußsitzung der Verwaltungsstelle statt. Zu derselben hatten die Kleinfleger, Zimmerer, Betonarbeiter, ferner die Baustellen-Gymnich, Hülsheln, Wiesdorf, Leichlingen, Bensberg, Kall und Troisdorf keine Delegierten entsandt. Es ist geradezu ein Skandal, daß bei diesen wichtigen Sitzungen eine solche Anzahl Baustellen nicht vertreten ist. Der vom Koll. Beder erstattete Geschäftsbericht des 2. Quartals, sowie der Rassenbericht des Koll. Dag wurden gutgeheißen. Es wurden im 1. Quartal 6951 und im 2. Quartal 14 111 Beitragsmarken an die Mitglieder abgegeben. Die Gesamteinnahme im Halbjahr beträgt 21 984,41 M.; die Lokalkasse hatte am 1. Juli einen Bestand von 4922,89 M. Es wurden in der Berichtszeit für Rechtschutz 616,45 M. für Streiks 3259,01 M., für Krankenunterstützung 1075,40 M. und für Sterbeunterstützung 392 M. verausgabt. Angekündigt der nächstjährigen Tariferneuerung soll in nächster Zeit eine umfangreiche Agitation entfaltet werden, und werden hiermit die Kollegen gebeten, sich zahlreich in den Dienst der guten Sache zu stellen. Herzlichen Dank allen Kollegen, die bisher wieder mitgeholfen haben. Und nun zum Wohle der Kollegen auf zu weiteren Erfolgen!

Driburg (Bez. Paderborn, Westf.). Der Organisationsgedanke hatte schon im Jahre 1907 unter den Driburger Kollegen Wurzel gefaßt und es wurde eine Verwaltungsstelle gegründet, welche zu den besten Hoffnungen berechtigte. Aber leider erfüllte sich dieses nicht, denn die Verwaltungsstelle ging an der Interessenlosigkeit der Kollegen im Anfang des Jahres 1909 zugrunde. Seit dieser Zeit ist wiederholt versucht worden, die Organisation wieder einzuführen, aber ohne Erfolg. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse blieben auch darum sehr zurück gegen andere gleichartige Orte des Preises Gebietes. Während im ganzen Kreis Hörter der Stundenlohn auf 40—43 Pf. steht, hat Driburg nebst Brakel nur einen Stundenlohn von 35—36 Pf. Genau so ist es mit der Arbeitszeit. In den anderen Orten 10 Stunden und in Driburg und Brakel 11 Stunden. In Erkenntnis dieser schlechten wirtschaftlichen Lage haben sich die Driburger Kollegen nunmehr der Organisation wieder zugewendet. Am 10. August fand eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Kollege Werner-Paderborn hielt einen Vortrag über die Lage der Bauarbeiter unter Berücksichtigung der Driburger Verhältnisse. Er zeigte den Weg, welcher zur Erlangung besserer Verhältnisse führt. Der Vortrag fand Anklang und es ließ sich eine Anzahl Kollegen aufnehmen. Am 14. August fand eine zweite Versammlung statt; es ließen sich wieder einige Kollegen aufnehmen, so daß 20 Kollegen vorhanden waren. Darauf wurde zur Gründung der Verwaltungsstelle geschritten. Es wurden gewählt als Vorsitzender Moritz Schild, Schulstr. 11, als Kassierer Anton Alahold, Bergstr. 16, als Schriftführer Bernhard Emsböcker, Schulstr. 6. Zu Revisoren wurden ernannt Adolf Brodmann, Langestr. 3, und Peter Lerche, Koedstr. 4. Der Posten des Hauskassierers wurde dem Kollegen Anton Alahold übertragen. Sämtliche Kollegen nahmen das Amt an und versprachen, alle Kräfte in den Dienst des Verbandes zu stellen. Kollege Werner erklärte noch bis einzelnen Obliegenheiten, welche laut Statut von den gewählten Kollegen verlangt werden und mahnte zu unablässiger Arbeit, damit endlich einmal bessere Verhältnisse geschaffen werden. Alle Kollegen müssen gewonnen werden, dann ist dieses Ziel mit Sicherheit zu erreichen. Besonders ist günstig, daß ein großes Badhotel neu gebaut wird, somit für die Driburger Kollegen Arbeit vorhanden ist. Es wurden dann noch auf den einzelnen Arbeitsplätzen die Baudelegierten gewählt. An den Kollegen liegt es nun, das begonnene Werk auch kräftig zu fördern, und deshalb ergeht an die Kollegen von Driburg und Umgegend der Ruf, hinein in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, denn geschlossen bildet ihr eine Macht, einzeln seid ihr nichts. Darum hoch die Einigkeit!

Frankfurt (Main). Am 4. August tagte hier unsere jährliche Bezirkskonferenz, welche von 22 Delegierten, dem Bezirksvorstand und einem Vertreter des Zentralverbandes, Koll. Beder, besucht war. Bezirksleiter Schleicher berichtete zu Punkt 1 der Tagesordnung über die Verhältnisse im Bezirk. Ausgehend von den wirtschaftlichen Verhältnissen im mitteldeutschen Gebiet konnte er von einer befriedigenden Konjunktur, mit Ausnahme von einigen Städten, berichten. Der Mitglieder-Zustimmung, die immer noch mehr, als gesund ist, in die Erscheinung tritt, muß mehr entgegengearbeitet werden, hauptsächlich in den Spezialbranchen. Die Jugendabteilungen dürften in keiner Verwaltungsstelle fehlen. Bis jetzt bestehen zwei Jugendabteilungen, Frankfurt und Fulda. Drei Baustellen wurden neu gegründet. Obwohl unsere Mitgliederzahl im Steigen begriffen ist und wir am Schlusse des zweiten Quartals 2015 Mitglieder hatten, dürfen wir nicht ausruhen, sondern müssen desto eifriger tätig sein. Die Geschäftsführung hat sich gebessert; vier Wochen nach Schlusse des zweiten Quartals waren alle Abrechnungen eingekandt. Auf die innere Verwaltung müsse nach wie vor der größte Wert gelegt werden. Mit dem Vertrauensmännerystem in den ländlichen Orten mangelte es noch sehr. Hier müsse der Idealismus gestärkt werden, damit sich mehr Kollegen für diese wichtige Posten hergeben. An Lohnbewegungen waren in der Berichtszeit zehn zu verzeichnen. Zwei davon endeten ohne Erfolg, die anderen mit vollem Erfolg. Niederkahnstein hat innerhalb drei Jahren 13 Pf. Lohnerhöhung erreicht. Bei vier Bewegungen kam es zu Arbeitseinstellungen. Ferner gibt es eine Anzahl Arbeiter im Bezirk, die durch Arbeitseinstellung zum Einzahlen des Tarifes gezwungen werden können. Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Verbänden ist etwas besser wie früher, jedoch waren drei Terrorismusfälle zu verzeichnen. Auch macht sich der Terror der Gegner unsern Kollegen gegenüber im Rastgebiet an der Wertra bemerkbar. Hier sollten

unsere Kollegen aus dem Kreise Hünfeld und Wertra einmütig für Stärkung unseres Verbandes besorgt sein, was die beste Abwehr ist. Den Bildungsbestrebungen wird noch zu wenig Interesse entgegengebracht. Wer die Geschichte verfolgt, wird finden, daß der geistig Hochstehende es ist, dem die meiste Beachtung geschenkt wird. Dem Bezirksleiter wurde durch die erfolgte Diskussion volle Anerkennung gezollt. Zu Punkt 2: „Welche Pflichten erwachsen unseren Mitgliedern im Hinblick auf die gegenwärtige und zukünftige Situation?“ referierte Kollege Beder. In seinem Vortrage erläuterte er die Bedeutung der Tarife, schilderte ihre Entwicklung bis zum heutigen Tage und was die Arbeiter dadurch erzielt haben. Auch behandelte er die Frage: Was wird es nächstes Jahr geben? In ausführlichen Darlegungen über diesen wichtigen Punkt, gab er Anregungen, was zu tun sei, und wie wir zu arbeiten haben. Mit reichem Beifall schloß er seinen Vortrag. Betreffs des Winterbeitrags wurde der Antrag Cassel mit 21 gegen 4 Stimmen abgelehnt, der zweite Antrag von Cassel betreffs Deckung der Unkosten des Schiedsgerichts wurde angenommen. Ein Antrag Fulda, dort, wo Lokalbeamte sind, die Winterbeiträge am Orte zu lassen, wurde gegen vier Stimmen angenommen. Die Höhe des Winterbeitrags (bisher Bezirksbeitrag) von 1 M. ohne Lokalfondsmarken wurde beibehalten. Weitere Anträge wurden dem Bezirksvorstand zur Erledigung überwiesen. In den Bezirksvorstand wurden gewählt die Kollegen: Schleicher als erster Vorsitzender, Kortmann-Cassel als Stellvertreter, Wilhelm Gerst als erster Kassierer und Graf-Dernbach als dessen Stellvertreter, Stahl als erster Schriftführer, Feink als Stellvertreter. Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Schneider und Grames und zu Revisoren die Kollegen Joseph Küler und Rein-Niederbrechen. Nach einem anregenden Schlußwort des Bezirksleiters wurde die gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Hann. Am 11. August fand unsere Ausschusssitzung statt, in der sämtliche Baustellen, außer Gamm-Norden und Hölbel, vertreten waren. Der Rassenbestand vom zweiten Quartal 1912, welcher vom Kassierer erstattet wurde, verzeichnete eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von 4989,95 M. Die Ausgabe verteilt sich auf Rechtschutz 189,55 M., Krankenkassenunterstützung 227,05 M., Streikunterstützung 9 M. An die Hauptkasse wurden eingekandt 4564,35 M. Die Einnahme der Verwaltungsstelle inklusive des Rassenbestandes betrug 5137,94 M., die Ausgabe 1618,93 M.; somit bleibt ein Rassenbestand von 3519,01 M. Die Mitgliederzahl ist von 639 am Schlusse des vorigen Quartals auf 732 gestiegen. Außerordentlich wurden 119, darunter 13 Jugendliche. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Den Bericht über die Bücherrevision gab Kollege Bücher und wurde vom Bezirksleiter, Koll. Pauschen, ergänzt. Es wurde bemängelt, daß eine Anzahl Kollegen ihre Bücher nicht zur Revision vorgelegt haben, da dieselbe doch im Interesse der Kollegen vorgenommen wurde. In seinem Bericht kam der Bezirksleiter zu dem Schluß, daß in Zukunft öfters solche Revisionen zwecks Aufstellung von Statistiken vorgenommen werden müssen. Als Revisoren zum Vorstand der Verwaltungsstelle wurden die Kollegen Heinrich Weßelmann-Berne, Aug. Bergewall-Harbern, Rich. Arns-Gamm gewählt. Als Revisor Kollege Ferd. Müller-Speken gewählt. Zu der am 25. August in Bochum tagenden Bezirkskonferenz soll jede Baustelle einen Delegierten entsenden. Die Kosten der Delegation sollen die Baustellen tragen. Wegen der vorgekauften Zeit wurde von dem Vortrag des Bezirksleiters Abstand genommen. Die uns interessierenden wichtigen Fragen sollen daher in der Bezirkskonferenz behandelt werden. Darauf wurde den Delegierten das verbesserte Verwaltungsverhältnis mitgeteilt und zur Verteilung an die Mitglieder übergeben. Dasselbe hat einen besonderen und dauernden Wert, weil die Polizeiverordnungen zum Schutze der Bauarbeiter für Gamm, Hhen und Berne darin aufgenommen sind, worauf hiermit ganz besonders hingewiesen wird. Im Anschluß daran wurde auf die Pflege des Bauarbeiterjahres, sowie auch auf die sofortige Meldung der geschähen Unfälle hingewiesen. Abdann wurde bekannt gemacht, daß am 14. September in Gamm und am 15. September in Dortmund und Berne große Versammlungen stattfinden.

Stuttgart. Am Freitag, den 2. August, fand im Verbandslokal „Röm. König“, Holzstr. 3, eine außerordentliche Versammlung statt, wo unser neuer Bezirksleiter, Kollege Preuß, zum ersten Male anwesend war. Der Vorsitzende Krätzle eröffnete mit einer Begrüßung an den Bezirksleiter, Koll. J. Preuß die Versammlung. Er betonte, daß ein jeder Kollege an heutigen Abend hierher gekommen sei, um unseren Sekretär zu begrüßen, der schon am Montag, den 30. Juli, mit unserem zweiten Zentralvorsitzenden Schmitt hier eintraf. Nach langem, sehnsüchtem Verlangen sei es nun gelungen, einen Sekretär für Württemberg zu erhalten. Für uns Stuttgarter Kollegen sei die Freude um so größer, da unser Kollege Preuß in hiesiger Stadt, Fernerstr. 39, seinen Sitz genommen hat. Wir versprechen aber auch, durch treue Bereitwilligkeit im Dienste für unsere Sache dem Kollegen Preuß zur Seite stehen zu wollen, damit auch die unorganisierten Kollegen dem christlichen Bauarbeiterverband zugeführt werden. Wenn auch unsere Kollegen wegen ihrer Ueberzeugung oft von den Gegnern von der einen Baustelle auf die andere gejagt werden, so soll uns das anspornen, mit noch mehr Opferwilligkeit zum christlichen Bauarbeiterverband zu stehen und seine Sache zu verteidigen. Was es den Genossen manchmal auch hart ausfallen, die Gewissheit wird auch noch ihnen kommen, daß ein christlich gesinnter Bauarbeiter viel lieber seine Arbeitsstelle verliert, als seine Ueberzeugung. Deshalb sei auch in Zukunft unser Bestreben, durch gemeinsame Arbeit mit unserem Bezirksleiter neue Mitglieder unserer Bewegung zuzuführen. Galten wir deshalb treu zu unserem neuen Kollegen, dann werden wir auch in der Lage sein, unsern zahlreichen Gegnern eine starke Organisation gegenüberzustellen. Anschließend daran ent-

wickelte der Kollege Breuß sein Programm, wie er die Agitation in dem Bezirk einzuleiten will. Das Hauptaugenmerk soll auf die Haus- und Bauagitation gelegt werden, was zweifellos für unsere Bewegung den größten Erfolg verspricht. Durch diese Agitation ist es uns möglich, auch an den fernstehendsten Kollegen heranzukommen und eine richtige Aufklärungsarbeit zum Nutzen unserer Bewegung zu leisten. Mit dem festen Entschluß, gemeinsam Hand in Hand zu arbeiten, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen. Mögen nun auch alle Kollegen die gegebenen Worte in die Tat umsetzen.

Fliesenleger.

Bodum. In den letzten Monaten wurden wiederholt im „Grundstein“, dem Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Artikel aus Bodum veröffentlicht, worin die Fliesenleger unseres Verbandes, die bei der hiesigen Firma Herringloer beschäftigt sind, des Streikbunds und der Tarifverletzung beschuldigt wurden. Wir haben auf die Artikel nicht reagiert, obwohl wir wissen, daß nicht nur einige unserer Mitglieder, sondern verhältnismäßig viel mehr Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes sich der Tarifverletzung schuldig gemacht haben, denn wir vertreten die Meinung, daß es viel richtiger ist, die Organisationen erziehen ihre Mitglieder zur Tariftreue, denn durch die gegenseitige Zerkleinerung wird nur den Unternehmern Wasser auf die Mühlen geliefert. Wir haben diesen Standpunkt auch dem Leiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes mitgeteilt und ihm nahegelegt, er möchte dafür sorgen, daß auch jenseits so gehandelt würde. Leider ohne Erfolg, denn in der vorletzten Nummer des „Grundstein“ wird wieder ein Artikel aus Eilen veröffentlicht, worin wieder zwei unserer Bodumer Kollegen schmer „hochgenommen“ und verdammt werden. Daher sind wir gezwungen, wenn auch gegen unseren Willen, mit einigen Strichen auf die Anschuldigungen des „Grundstein“ einzugehen. Zunächst erklären wir, von einem Streikbruch unserer Mitglieder kann ganz und gar keine Rede sein, denn die erwähnte Sperre bei der Firma Herringloer zu Bodum wurde, entgegen unserer tatsächlichen Bestimmungen, verhängt, bevor die Schlichtungskommission und das Einigungsamt gesprochen hatten, und, was besonders betont werden muß, ohne daß wir dabei waren. Daher kommt für uns auch keine Sperre in Betracht, denn von anderen Leuten lassen wir uns keine Sperre aufzwingen. Fragen wir nun weiter: wodurch kam denn die Sperre zustande? Bedingt dadurch, weil von drei Geossen behauptet wurde, die Firma H. zahle die Lohnzuschläge nicht. Die in Betracht kommenden drei Geossen, die lange Zeit bei der genannten Firma gearbeitet haben, sollten nun am 30. Juli in einer Schlichtungskommission ihre Behauptung beweisen, aber trotzdem sie frühzeitig geladen waren, erschienen sie nicht. Darauf sprach dann der Vorsitzende der Schlichtungskommission, der gleichzeitig Vorsitzender des hiesigen Gewerbeverbandes ist, den Wunsch aus, die drei Geossen möchten sofort eine Gewerbegerichtliche Klage gegen die Firma H. anhängig machen, denn da auch sie angeblich keinen Lohnzuschlag erhalten hätten, würden sie doch schnell zu ihrem Gelde kommen. Darauf erklärte der Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes, auch er hätte die drei Geossen wiederholt aufgefordert, gegen die Firma zu klagen, er hätte sie dazu aber nicht bewegen können. Hierauf sprach der Vorsitzende nochmals den Wunsch aus, die drei Geossen möchten eine Klage einreichen, damit endlich Klarheit geschaffen würde. Bis heute ist nichts aber noch nicht geschehen, daher neigen wir natürlich zu der Annahme, daß die drei Geossen gar keine Beweise bringen können, oder es trifft zu, was unsere Mitglieder behaupten: die Geossen schmeicheln und lügen nur, um unsere Mitglieder aus dem Dienste der Firma H. zu bringen, damit sie sich schnell in das freigewordene Gut hineinlegen können. Wie steht es nun weiter mit der Tarifverletzung seitens unserer Mitglieder? Es trifft zu, daß hier, und wir sind nicht genug, es offen anzuerkennen, auch in einigen anderen Lagen, einmal Tarifverletzungen seitens einiger unserer Mitglieder vorgekommen sind. Wir haben dies, jedoch nur davon erfahren, weil gerügt und unsere Mitglieder aufgefordert, sich streng nach unserem Tarif zu richten. Wir erklären aber, daß eine verhältnismäßig viel größere Zahl von Mitgliedern, die im Deutschen Bauarbeiterverbande organisiert sind, sich nicht nur diesem, sondern viel größere Vertragsverletzungen her zuschulden kommen lassen. Wir wollen nur einige Fälle herausgreifen, obwohl wir mit Dutzenden rechnen könnten.

In Bodum haben Fliesenleger, die im Deutschen Bauarbeiterverbande organisiert sind, nicht nur in den letzten Jahren, sondern auch in diesem Jahre bei der Firma H. eine Sperre erlitten.

In Duisburg haben ebenfalls Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes Mauerungsarbeiten hergeführt, ohne Zahlung der tariflichen Zuschläge. Ja, sie haben sogar, auf Verlangen eines Unternehmers, einen Streikausbruch herbeigeführt, obwohl sie auf die tariflichen Zuschläge verzichteten. Wie der Unternehmer vor dem Einigungsamt erklärte, hat er dies gelohnt, damit man ihn später nicht verklagen konnte.

In Dortmund hat von jeher eine ganz bedeutende Zahl von Geossen-Mitgliedern unter Tarif gearbeitet. Noch im letzten Winter haben mehr als ein Duzend Kollegen auf der Höhe Heister in Dortmund nur ohne Zuschläge, sondern 20, 40, 50 und 70 Pf. pro Quadratmeter Tariflohn gearbeitet.

In Eilen haben die Geossen sich eine ganz Reihe großer Vertragsverletzungen anrechnen lassen. Sogar ihrem jetzigen Vertreter der Gewerbevereine und des Einigungsamtes wurde noch in der letzten Schlichtungskommissionssitzung nachgewiesen, daß er Klagen über den Tarif angenommen und erledigt hat.

Auch in Gelsenkirchen und Sagen haben sich mehrere Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes große Vertragsverletzungen zuschulden kommen lassen. Eine kürzlich haben wir festgestellt, daß Geossen in Sagen nicht nur Akkordarbeiten für einen geringeren als im Tarif festgelegten Preis hergestellt haben, sondern sie haben auch im Tageslohn für 50 und 60 Pf. pro Stunde gearbeitet, trotzdem der Mindestlohn für Fliesenleger 80 Pf. beträgt. Hiermit wollen wir vorläufig Schluß machen, werden aber mit einer zweiten und dritten Auflage dienen, wenn uns die Herren Geossen-Fliesenleger dazu treiben. Nachsich wie wir es einleitend schon hervorgehoben haben, wollen wir auch zum Schluß erklären, daß es uns äußerst unangenehm ist, solche Vorkommnisse zu führen, denn nicht die Organisationen haben davon Vorteil, sondern die Unternehmer bekommen Wasser auf ihre Mühlen. Schließlich soll man uns aber nicht zumuten, daß wir uns dauernd von Leuten, die selbst bis am Hals im Dreck und Schmutz stehen, der Unreinlichkeit bezichtigen lassen.

Statt sich gegenseitig zu zerfleischen, haben die in Betracht kommenden Organisationen ohne Ausnahme alle Ursache, gerade die Fliesenleger zu erziehen und sie mit der Tarifidee und der großen Bedeutung der Tarifverträge vertraut zu machen, denn dadurch dienen wir nicht nur den einzelnen Leuten, sondern auch dem ganzen Gewerbe. Wir haben bisher in diesem Sinne gearbeitet, mögen es die Leiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes auch so machen, dann werden auch im Mauererlegergewerbe recht bald solidere Verhältnisse eintreten müssen.

Folgen der Akkordarbeit.

Ueber die Zustände, wie sie sich aus der Akkordarbeit im Baugewerbe ergeben, gibt ein Bericht des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in Hamburg in so bemerkenswerter Weise Aufschluß, daß wir denselben unseren Mitgliedern glauben unterbreiten zu sollen. Das „Hamburger Echo“, sozialdemokratisches Organ für Hamburg, berichtet unter dem 10. August (Nr. 185) aus genannter Stadt:

Deutscher Bauarbeiterverband. Einen außerordentlich zahlreichen Besuch wies die Zweigvereinsversammlung auf, die am 8. August im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte und sich mit dem Antrage des Vorstandes, betreffend die Mißstände bei der Annahme von Akkordarbeiten, beschäftigte. Alle Ausführungen der Redner waren eine wichtige Anlage gegen das heutige wüste, wilde Treiben, speziell bei der Annahme von Akkorden. Der Vorsitzende Hartwig führte zu dem Thema aus: Die Mißstände bei der Annahme von Akkorden sind in letzter Zeit immer größere geworden. Früher war es allgemein üblich, daß der Akkord zwischen dem am Bau beschäftigten Maurer resp. Hilfsarbeiter und dem Unternehmer abgeschlossen wurde. Heute hat sich auf einigen Bauten der Mißstand eingestellt, daß es zwei bis drei Kollegen sind, welche, noch bevor der Bau begonnen wird, sich mit dem Unternehmer in Verbindung setzen und den Akkord abschließen. Weil es nun mehrere solcher Kolonnen sind, welche nach ein und demselben Unternehmer hinlaufen, muß der Unternehmer die Situation aus und versucht die eine Kolonne gegen die andere bei der Herabsetzung des Preises auszuspielen. Weil es diesen Kollegen in ihrem Unterhand unter allen Umständen daran gelegen ist, die Arbeit im Akkord zu erhalten, so wird diese vielfach zu Preisen angenommen, wo nur noch durch die größte, übermenschliche Anspannung aller Kräfte ein Ueberschuß zu erzielen ist. Ein weiterer Mißstand hat sich in letzter Zeit dadurch bemerkbar gemacht, daß die Arbeiter ohne Wissen der am Bau beschäftigten Maurer von anderen Kollegen im Akkord übernommen werden. Wenn dann der Bau mauerfertig ist, müssen die bisher beschäftigten Maurer den Bau verlassen, um der Puffakkordkolonne Platz zu machen. Die einfachste Pflicht der Kollegialität erfordert es, daß man sich mit den am Bau beschäftigten Kollegen vorher in Verbindung setzt, denn durch das andere Verhalten wird die Organisation nicht gewinnen. Ganz besonders kraß sind die Maurer am Bau Wichmann in der Geißelstraße in dieser Beziehung vorgegangen; hier ist jedes kollegiale und Solidaritätsgefühl mit Füßen getreten worden. Bei den angeleiteten Pupern, welche speziell Betonstützen verputzen, sind die Mißstände keine geringeren als bei den Maurern. Auf einigen Baustellen ist es soweit gekommen, daß bei der Berechnung des Ueberschusses die Akkordarbeiter ihre Mitarbeiter um das erübrigte Akkordgeld zu betrügen versuchten, so daß die Organisation in einigen Fällen gezwungen war, die eigenen Verbandskollegen zu verklagen. Nicht minder sind die Mißstände bei einigen anderen Baustellen, speziell bei den Steinträgern. Beißfall und Zustimmungsbekundungen dankten dem Redner. Häufiger beklagte im besonderen die Mißstände, welche sich bei den Akkordverträgen der Steinträger bemerkbar machen. Hier hat man in die Akkordverträge die Bestimmung aufgenommen, wonach die Steinträger den vollen Beitrag zur Invalidenversicherung selbst zu zahlen haben. Auch bei den Maurern macht sich diese Einrichtung schon bemerkbar, so bei dem Unternehmer Preis, Van Pettenstraße. Indem brachte einige Akkordverträge zur Verlesung, wonach die Steinträger außer dem Tragen der Steine für 3,30 M auch das Schütten des Betons, den Transport der Treppenscheiteln, das Reinigen der Eckensteine und der Treppenscheiteln zu besorgen hätten, sie auch eventuelle Polizeigeld wegen nicht genügender Straßencleinsigung zu tragen hätten. Außerdem müssen sie für die Heranzahlung des Sanbhalts zum Fuß sorgen. In einem anderen Vertrage

ist die Bestimmung enthalten, wenn am Schluß des Akkordes sich eine Unterbilanz ergibt, haben die Arbeiter dem Unternehmer das Defizit zu ersetzen. Es ist traurig, daß es immer einige Kollegen sind, welche ohne Befehl solche Verträge unterschreiben. Es liegt im wesentlichen nur an den Kollegen selbst, hier bessernd einzugreifen; auch dort, wo Materialförderungsmaschinen vorhanden sind, lassen sich diese Mißstände beseitigen; denn die Maschinen sind Eigentum der Arbeiter. Die Organisation hat beschlossen, bei Klagen, welche sich aus dem Akkordsystem und dem Maschinenvermieteten ergeben, keinen Rechtsschutz zu gewähren. Weil es unmöglich war, mit den Unternehmern eine Regelung der Akkordarbeit herbeizuführen, müssen die Kollegen selbst Hand anlegen, um bessere, menschenwürdiger Zustände herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.) Redner unterbreitet der Versammlung folgende Resolution des Vorstandes:

1. Die Akkordarbeit unterliegt nach wie vor der freien Vereinbarung; jedoch ist es jedem Kollegen verboten, Arbeiten irgendeiner Art im Akkord zu übernehmen, wenn an derselben Baustelle schon andere Kollegen — sei es im Tageslohn oder Akkord — beschäftigt sind und mit der Abschließung des Akkords nicht einverstanden sind.
2. In Fällen, wo dieses doch geschieht, sind die Akkordanten verpflichtet, den Akkordvertrag sofort zu lösen und die Baustelle sofort zu verlassen, wenn die vorher am Bau beschäftigten Kollegen dieses verlangen.
3. Der engere Vorstand wird verpflichtet, auf die Durchführung dieses Beschlusses zu achten, eventuell durch Verhängung der Sperre demselben Gestalt zu verschaffen.

In der Diskussion stellt Brütt den Antrag auf Zusammenarbeit eines Akkordtarifs, denn ohne einen solchen werden die Mißstände nicht beseitigt werden. Sommer begrüßt es mit Freuden, daß diese Frage in einer recht vollen Versammlung zur Sprache gebracht wurde und schilbert weitere Mißstände, welche sich an dem heutigen Akkordsystem ergeben. Lorenz brachte einen Fall zur Sprache, wo bei einem Akkord von 7 M pro 1000 Steine noch über 1 M Ueberschuß erzielt sei. In welcher unmenschlichen Weise müssen unsere Kollegen ihre Knochen und ihr Mark geopfert haben, um dieses Resultat zu erzielen, von einer solchen gemäßen, regelrechten Arbeitsweise kann hier jedenfalls keine Rede sein. Das beste Mittel, die Akkordarbeit in menschliche Bahnen zu lenken, sei die Tarifierung derselben. Haase: Aber die Dummheit der Arbeiter liegt es nur, daß sich solche traffen Mißstände herausgebildet haben. Früher gab es bei dem kleinen Steinformat und einem Stundenlohn von 50 Pf. 9—10 M pro Tausend, während heute bei 85 Pf. Stundenlohn das Tausend noch unter 7 M angenommen wird. Gildebrandt erachtet die Resolution des Vorstandes als nicht weitgehend genug und beantragt folgenden Zusatzantrag: „In einem Bau, an welchem bereits Kollegen beschäftigt sind und mit dem Unternehmer eine Einigung über den Akkordpreis nicht erzielt haben, dürfen andere Kollegen den Akkord nicht annehmen. Des ferneren ist ein Mindestakkordpreis festzusetzen.“ Klimmeder: Nur an der Uneinigkeit der Kollegen liegt es, daß wir nicht mehr Macht besitzen. Wird diese beseitigt, dann werden die Zustände in unserem Berufe besser werden. Scribow kritisiert das unkollegiale Benehmen, speziell der Steinträger. Die Uebelstände der Akkordarbeit sind so tief eingebürgert, daß diese durch die Annahme der Resolution nicht mit einem Schlage zu beseitigen sind. Mehr Selbsterziehung tut uns not. Wichtig wäre es, wenn bei Differenzen, welche aus der Akkordarbeit entstehen, Rechtsschutz nicht gewährt würde. Mehr Selbstachtung, mehr menschenwürdiger Arbeitsweise können und müssen die Kollegen auch ohne Resolutionen und Beschlüsse zur Durchführung bringen. Grabow führte einige kraße Fälle von unbilligen Zuständen an, fand sich jedoch von einem Akkordtarif keine Besserung versprechen, weil uns die Garantie fehlt, daß der Tarif auch gehalten werde. Behrmann bringt einige persönliche Erlebnisse von Akkordbauten zur Sprache, welche darin gipfeln, daß das Solidaritätsgefühl hierbei vollständig verloren gehe. Hartwig dankte im Schlußwort, daß die heutige Versammlung nicht den Zweck habe, einen Akkordtarif zu schaffen resp. ein Akkordsystem erneut auszuarbeiten, es seien nur die schlimmsten Mißstände, wie diese einleitend nachgelegt sind, beseitigt werden. Redner ersucht den Kollegen Gildebrandt, seinen Zusatzantrag — weil zurzeit nicht durchführbar — zurückzuziehen. Jedenfalls werden wir alles versuchen, bei der Tarifierneuerung im Jahre 1913 die vorgebrachten Anträge zu berücksichtigen um eine Regelung der Akkordarbeit herbeizuführen. Im allgemeinen kann eine vernünftige Arbeitsweise nur dann eintreten, wenn die Mitglieder sich mehr zu selbständigen, klugen, klugen Menschen erziehen. Bei den Gipfern, wo schon seit längerem ein Akkordtarif besteht, haben sich trotz der selben diverse Mißstände herausgebildet, auch sind dort Fälle bekannt, wo die tariflichen Sätze nicht eingehalten werden. Bei den Betonarbeitern, speziell den Einschallern und Flechtern, macht sich das Streben bemerkbar, um bei den niedrigeren Akkordarbeiten noch etwas zu erübrigen, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen. Gildebrandt zog den zweiten Teil seines Antrages zurück; weil der erste Teil sich mit der Vorstandsresolution deckt, erübrigte sich eine Abstimmung.

So weit der Bericht. Er spricht für sich selbst, so daß wir nichts hinzuzusetzen brauchen.

Der VI. internationale Kongress der christlichen Textilarbeiterorganisationen,

Der vom 28. bis 31. Juli in Wien stattfand, nahm einen erfreulichen Verlauf. Eingeleitet wurde derselbe durch einen großartig verlaufenen Begrüßungsabend, zu dem die Wiener christliche Arbeitererschaft zahlreich erschienen war und an dem eine Anzahl christlicher Mandatäre teilnahmen. Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit der Erstattung des Tätigkeitsberichts. Der Vereinigung sind 6 Landesverbände mit 626 Ortsgruppen angeschlossen, die einen Mitgliederstand von 76 000 aufweisen und ein Gesamtvermögen von 1 038 697 Franken besitzen. Seit dem Mailänder Kongress (1910) stieg die Mitgliederzahl um 15 000. Zweck und Aufgabe der internationalen Vereinigung ist: 1. die Propagierung des christlichen interkonfessionellen und nicht parteipolitischen Gewerkschaftsgebauens; 2. die Förderung der praktischen Organisationsarbeit; 3. Förderung der kollektiven Arbeitsverträge; 4. der international organisierten sozialistischen Textilarbeiterbewegung einen internationalen Bund der christlichen Textilarbeiterorganisationen gegenüberzustellen. Nach Besprechung der Konjunkturverhältnisse seit dem letzten Kongresse befaßt sich der Bericht mit den Lohnbewegungen und Streiks. Es sei der erste Wille der angeschlossenen Verbände, die Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten möglichst auf friedlichem Wege zugunsten der Arbeiterschaft zu schlichten. Dieser Weg sei für die Arbeiterschaft als auch für die Organisationen der erfolgreichere, wie die Praxis bewiesen habe. Wenn dann trotz alledem der Wille des Streiks gezwungen werden muß, verziehen die Verbände zwar sacht, aber nicht desto weniger zu gebrauchen. Neue internationale Verbindungen konnten angeknüpft werden mit Frankreich und Spanien. Der Anschluß selbst ist jedoch noch nicht erfolgt. Um einen Überblick über die Arbeiterschaftsorganisation in den einzelnen Ländern zu haben, ist das internationale Sekretariat dem internationalen Arbeitsamte in Basel angeschlossen. Der Bericht der internationalen Streikliste weist ein Vermögen von 22 000 Franken aus. Im letzten Jahre wurden 14 000 Franken an Unterstützungen an die einzelnen Verbände ausbezahlt. Aus den Berichten über einzelne Länder ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand in Deutschland 40 600, das Vermögen 765 400 Franken, in Österreich 10 100 Mitglieder und 51 500 Franken Vermögen, in Belgien 9 000 Mitglieder und 9 000 Franken Vermögen, in den Niederlanden 3100 Mitglieder und 19 000 Franken Vermögen, in der Schweiz 600 Mitglieder und 107 800 Franken Vermögen, in Italien 4200 Mitglieder und 4800 Franken Vermögen beträgt. Am Schluß der Berichte fand eine Resolution an, die sich scharf gegen die aus konfessionellen oder parteipolitischen Gründen verlangte Zersplitterung der christlichen Textilarbeiter ausspricht. Ueber die Stellung der christlichen Textilarbeiterorganisationen zur Sozialdemokratie referierte Krilawa (Wien) und über die Stellung zu Industrie und Arbeitgebern C. M. Schijfer (Düsseldorf), über Arbeiterschutz in der Textilindustrie J. Scherrer (St. Gallen), über die Auswandererorganisationen der Arbeiter in der Textilindustrie de Creve (Belgien), über die Auswandererorganisationen der Arbeiter in der Textilindustrie de Creve (Belgien), über die Auswandererorganisationen der Arbeiter in der Textilindustrie de Creve (Belgien). Gegen den sozialdemokratischen Generalstreik wurde folgende Resolution angenommen: „Der Kongress erklärt sich im Hinblick auf bestimmte Vorgänge in einzelnen Ländern (Belgien, Schweiz, Frankreich) unter allen Umständen gegen Streiks, denen politische Motive zugrunde liegen. Solidarisch mit den christlichen Gewerkschaften Belgiens, protestieren die Vertreter der christlich organisierten Textilarbeiter gegen den von den belgischen Sozialdemokraten angekündigten Generalstreik. Der Kongress fordert die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft Belgiens auf, den Direktiven der christlichen Arbeiterführer zu folgen und gegen das radikal-revolutionäre Bestreben der Sozialdemokraten Front zu machen. An die Führer und Mitglieder der christlichen Textilarbeiterorganisationen richtet der Kongress den dringenden Appell, im Sinne dieser Resolution zu handeln und ihre Ideale mit Mut und Entschiedenheit zu verteidigen.“ Am Schluß des Kongresses wurden die Teilnehmer vom geschäftsführenden Bürgermeister Dr. Forster Rathause empfangen.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Jahresbericht des Graphischen Zentralverbandes für das Jahr 1911, der soeben erschienen ist, zeigt, daß auch die kleineren Verbände, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, wacker durchkämpften. Trotz der geringen Macht der sozialdemokratischen Verbände im graphischen Gewerbe konnte er eine Mitgliederzunahme von 1000 bewirken. Das Gesamtvermögen stieg auf 24 177 M. Vorjahre betrug es 20 655 M., obwohl für Streiks und Lohnbewegungen rund 6608 M. für Krankenunterstützungen 6302 M. und für Reise- und Arbeitslosenunterstützungen 2516 M. aufgewendet werden mußten. Auch der weitere Beamtet wurde am 1. Oktober 1911 angestellt. Mitgliederbeiträge stiegen von 24 727 M. auf 32 617 M. 699 Mitglieder waren an Lohnbewegungen beteiligt. 633 Mitglieder erreichten eine durchschnittliche Erhöhung von insgesamt 1037 M. pro Woche und 144 M. pro Jahr. 340 Mitglieder erzielten eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von je einer halben Stunde, 71 Mitglieder eine solche von je sechs Stunden und 85 Mitglieder eine solche von je vier Stunden; zusammen 936 Stunden pro Woche oder 43 672 Stunden pro Jahr. Der Verband ist gegenwärtig an 32 Tarifen

Vertragskontrahent. Da gerade in den graphischen Gewerben die Monopolisierungsgesahr sehr groß ist (im Chemigraphen ist schon eine derartige Bestimmung, so daß jeder Chemigraph, wenn er Arbeit bekommen will, dem sozialdemokratischen Verband angehören muß), ist zu wünschen, daß gerade der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Graphische Zentralverband allseitige Unterstützung finde und weitere Erfolge erziele.

Der christliche Schneiderverband veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1911. Aus demselben geht hervor, daß die Mitgliederzahl um 525 gestiegen ist und am Jahresschluß 4488 betrug. Die Einnahmen sind gegen das Vorjahr um 11 764 M. gestiegen und betragen 81 966 Mark. Die Ausgaben betragen 78 882 M., 14 059 M. mehr als im Vorjahr. 81 Prozent der Mehrausgaben entfielen auf Unterstützungen. Für Streiks und Lohnbewegungen wurden im Berichtsjahr 19 988 M. (gegen 10 493 M. im Vorjahre) aufgewendet. Die übrigen Unterstützungsgegenstände betragen 7992 M., das sind 1938 M. mehr als in 1910. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schluß des Berichtsjahres 39 838 M.

Mit 1585 Mitgliedern war der Verband im Berichtsjahr an 42 Lohnbewegungen beteiligt, die den Beteiligten eine Gesamtlöhnerhöhung von 143 609 M. brachten. 37 der geführten Bewegungen oder 90 Prozent konnten auf friedlichem Wege erledigt werden, während nur 5 Bewegungen zu Arbeitsseinstellungen führten; darunter die große Konfektionsarbeiterbewegung in Breslau, die zu einem vierwöchentlichen Streik führte, an welchem der Verband mit 355 Mitgliedern beteiligt war. Am Schluß des Berichtsjahres war der Verband mit 3452 Mitgliedern an 110 Tarifverträgen beteiligt, womit er an vierter Stelle innerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften steht.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Die deutschen Arbeitgeberverbände sind in den letzten Jahren weiter erstarkt. Nach einer Zusammenstellung im „Reichsarbeitsblatt“ (Juli 1912) bestanden Ende 1911 103 Reichsverbände (93 in 1910), 461 Landes- oder Bezirksverbände (474) und 2521 (2361) Ortsverbände; zusammen 3085 (2928) Arbeitgeberverbände. Der Umfang und die wirkliche Stärke dieser Organisationen ergibt sich aus der Zahl der angeschlossenen Mitglieder und der von diesen beschäftigten Arbeiter. Für die drei letzten Jahre zeigt sich hier folgende Entwicklung:

	Angeschlossene Mitglieder	Beschäftigte Arbeiter
1910	115 095	3 854 680
1911	127 424	4 027 440
1912	133 485	4 378 275

Die Zahl der bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter ist mithin wesentlich höher wie die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die etwa drei Millionen beträgt, soweit selbständige Gewerkschaften in Betracht kommen. Angesichts der großen Macht des organisierten Unternehmertums ist es doppelt bedenklich und verwerflich, wenn man die Arbeiter mit fast- und kraftlosen Verbänden wie gelben Arbeitervereinen und konfessionellen Fachabteilungen über die reale Wirklichkeit hinweg zu täuschen versucht.

Der deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag fand vom 13.—15. August in Würzburg statt. Generalsekretär Dr. Mensch-Hannover gab einen Überblick über die Handwerkerpolitik im letzten Jahre. Er wandte sich gegen die geflüstert bekümmerte Darstellung, die Lage des Handwerks sei trostlos. Das sei nicht richtig. Die Wiederholung dieser Behauptung sei in hohem Grade geeignet, das Handwerk als nicht leistungsfähig erscheinen zu lassen und damit zu schädigen. Das Handwerk könnte mit der Behandlung seiner speziellen Fragen durch den Reichstag zufrieden sein. Vor der Uebertreibung der Sozialpolitik sei jedoch zu warnen, da das Kleinhandwerk die Kosten nicht tragen könne. In einem Zwischenfall mit den anwesenden Regierungsvertretern kam es bei einer Rede des Vorsitzenden des Schutzverbandes der Arbeitgeber in der Holzindustrie, Herrn Kahardt. Derselbe behauptete bei der Besprechung des mangelnden Schutzes der Handwerker gegenüber den Kaufverwehlern, es gebe Regierungsbeamte, die die Notlage des Handwerks zu ihrem eigenen Vorteile ausnützten. Die Regierungsvertreter verließen darauf den Saal, ließen sich jedoch zur Rückkehr bewegen, nachdem das preußische Herrenhausmitglied, Obermeister Plate, darüber hatte abstimmen lassen, daß sich die Versammlung nicht mit den Ausführungen Kahardts identifiziere. Die Tagung nahm sodann Stellung zur Regelung des Submissionswesens, dem Arbeitswilligenschuß, den Tarifverträgen, der Konjunkturfrage und der Meisterprüfung. Natürlich verlangten auch die Handwerksmeister einen größeren Schutz der sogenannten Arbeitswilligen, und sprechen der Reichsregierung und der Mehrheit des Reichstages wegen ihrer ablehnenden Haltung in der Frage ihr Bedauern aus. Sie schwammen eben im Fahrwasser der Scharfmacher. In der Frage der Tarifverträge wird ausgesprochen, daß diese sich auch auf die Umstände, unter denen die Arbeit zu leisten sei, ausdehnen sollen und nicht nur auf das Verhältnis von Arbeit und Entgelt. Bei Festsetzung von Mindestlöhnen müsse auch eine Mindestprüfung bestimmt werden, da sonst die Tarifverträge zu einer dauernden Verminderung der Gesamtleistung führen würden. Die Aufhebung des Absatz 2 des § 152 der G.-O. (Jedem Teilnehmer steht der Zutritt von solchen Vereinigungen und Berabredungen (zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen) frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Klurede statt.) wird gefordert, im ablehnenden Falle ist ein neuer Absatz in die Gewerbeordnung

aufzunehmen: „Durch die Bestimmung des Absatz 2 werden nicht berührt Vereinbarungen zwischen Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in bestimmten Gewerben (Tarifverträge).“

Es empfiehlt sich, den Berufsvereinen ohne ein Spezialgesetz Rechtsfähigkeit zu verleihen durch einen Zusatz zu § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches und Streichung des Wortes „sozialpolitisch“ in § 61, Absatz 2. Das Verhältnis der Arbeitsordnungen zu den Tarifverträgen sei rechtlich so zu regeln, daß die Arbeitsordnung ungültig ist, wenn sie einem für den Betrieb geltenden Tarifvertrag zuwiderläuft. Als Endziel sei eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge anzuerkennen.

Bezüglich der Konjunkturfrage wurde in erster Linie gegen die Beamten und Berufsvereinstonjunkturvereine Stellung genommen. Ferner gesetzliches Verbot an die Konjunkturvereine und Anstalten, selbstproduzierte Waren an die Mitglieder zu verkaufen; Verbot des Liegerantengeschäfts, Einführung einer progressiven Umsatzsteuer zur Ergänzung der Einkommensteuer, strenge Handhabung der Bestimmungen der Gewerbeordnung hinsichtlich der Konjunkturvereinstätigkeiten; gesetzliche Maßnahmen, wodurch den Konjunkturvereinen die Errichtung von Zweigniederlassungen außerhalb ihres Ortes verboten und innerhalb des Ortes nur nach Bedürfnis gestattet wird.

Eine zu schaffende Zentralstelle soll alle Mißstände des Konjunkturvereinstwesens sammeln und entsprechend bewerten. Die Handwerksmeister täten besser, ihre Frauen und Töchter dazu zu erziehen, daß sie nicht die eifrigsten Kundinnen der Warenhäuser bilden, wie es tatsächlich der Fall ist. Den Arbeitern aber wird man die Freiheit schon lassen müssen, in einer Zeit unerhörter Lebensmittelverteuerung sich selbst zu schützen. Mit der Annahme von Grundjahren gegen die Herabdrückung des Wertes der Meisterprüfung fand die Tagung ihr Ende.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes. A. C. Im Monat Juli ist im Verhältnis von Angebot und Nachfrage am deutschen Arbeitsmarkte gegen den Vormonat eine leichte Besserung eingetreten, die deshalb besonders Beachtung verdient, weil in früheren Jahren von Juni auf Juli gewöhnlich eine mehr oder minder erhebliche Zunahme des Andranges zu verzeichnen war. Trotzdem hält sich allerdings die Andrangsziffer auch im Berichtsmonat noch etwas über dem vorjährigen Niveau. Entsprechend im Juli 1912 auf je 100 offene Stellen bei dem durchschnittlich 116,4 Bewerber gegen 119,1 im Vormonat. Die Spannung gegen das Vorjahr, die im Juni noch 9,6 zumungunsten des laufenden Jahres betrug, hat sich somit auf 5,8 verringert. Die Hauptursache der günstigen Veränderung am Arbeitsmarkte ist in dem starken Arbeiterbedarf der Landwirtschaft zu suchen. Fast an allen Arbeitsnachweisen überwiegt die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Hilfskräften das Angebot ganz bedeutend. Aus der Provinz Brandenburg wird allerdings berichtet, daß die Heranziehung von Militär zu den Erntearbeiten zu einem Ueberangebot an Schültern geführt habe. Einen ungünstigen Einfluß auf die Entwicklung des Andrangs am Arbeitsmarkte übt noch immer die matte Lage des Baugewerbes aus. Besonders aus Nord- und Süddeutschland wird ein fast völliges Daniederliegen der Bauaktivität gemeldet. Die Nachrichten aus Mitteldeutschland lauten etwas günstiger. Die verschiedenen Zweige der Metallindustrie sind fast überall gut beschäftigt. Ein großer Rückgang der Nachfrage zeigt sich jedoch neuerdings am Arbeitsmarkte der Maschinen-, Bau- und Kunstschlosser. Auch der Geschäftsgang im Holzgewerbe ist nicht durchweg befriedigend. Eine erneute Abnahme der Arbeitsgelegenheit wird aus den Hauptzentren der Textilindustrie in Sachsen und Westdeutschland gemeldet. Die Nachfrage nach Dienstpersonal, die zu Beginn der Reisezeit erheblich nachgelassen hatte, tritt jetzt wieder stärker hervor. Im allgemeinen ist die Besserung am Arbeitsmarkte den Männlichen und Weiblichen ziemlich gleichmäßig zugute gekommen. Am Arbeitsmarkte für Männliche ging der Andrang von 132,0 im Juni auf 129,06 im Juli 1912 zurück. Im Vergleich zum Vorjahre ergibt sich noch immer eine Mehrbelastung um 7,34. Am Arbeitsmarkte für Weibliche kamen im Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 90,42 Arbeitssuchende gegen 93,1 im Vormonat. Gegen das Vorjahr besteht noch eine Mehrbelastung um 4,83. In dem einzelnen Landesteilen hat sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im Vergleich zum Vorjahre nicht ganz gleichmäßig entwickelt. Verschiedentlich zeigt sich eine Zunahme des Andranges, die weit über den Reichsdurchschnitt hinausgeht. So kamen in Hessen und Elsaß-Lothringen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 149,81 Arbeitssuchende gegen 125,36 im Vergleichsmonat 1911. Für die Provinz Sachsen, Anhalt und die thüringischen Staaten ergab sich eine Steigerung von 116,17 auf 131,56. Am Berliner Arbeitsmarkte hielt sich die Andrangsziffer mit 121,88 um 8,47 über dem vorjährigen Niveau. Für Schlesien wurde eine Andrangsziffer von 125,70 berechnet. Das bedeutet gegen Juli 1911 eine Zunahme um 10,66. In dem östlichen Provinzen stieg der Andrang von 104,60 auf 116,94. Die lebhafteste Beschäftigung der rheinisch-westfälischen Großindustrie kommt in der günstigen Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkte deutlich zum Ausdruck. So ging die Andrangsziffer in der Rheinprovinz von 124,80 auf 117,12 zurück. In Westfalen und Bessen-Nassau kamen auf je 100 offene Stellen im Berichtsmonat durchschnittlich 41,50 Arbeitssuchende gegen 64,25 im Vergleichsmonat 1911.

Aus dem Baugewerbe.

Unter dieser Rubrik finden Baunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baunfälle sind so schnell wie möglich einzuenden.

Düsseldorf. (Unfall.) Augenblicklich wird eine Vergrößerung der Brückenanlage auf der Bahnstrecke Düsseldorf-Neuß vorgenommen. Die Eisenkonstruktion wird von der Guten-Vormannshütte ausgeführt, während die Maurerarbeiten der hiesigen Firma Ernst Sandroß übertragen sind. Da sich die Maurerarbeiten jenseits des Rheinbrückens auf der Neusser Seite befinden, so müssen die Bauarbeiter von hier den nicht sehr angenehmen Weg über die Brücke zurücklegen. Am 10. August stürzte nun der Maurer Alois Saal beim Uebergang durch eine Lehmung, welche der Guten-Vormannshütte zum Steinaufzug diente. Er erlitt einen schweren Schenkelbruch. Mit diesem Fall war sehr viel Glück verbunden, denn die Höhe des Sturzes betrug etwa 14 Meter und fiel der Kollege auf aufgelagerte Steine.

Julda. Für die Trockenlegungsarbeiten des Mißehurgunnels stand am 5. August bei dem hiesigen Königl. Eisenbahn-Betriebsamt Submissionsstermin an. Es wurden nachfolgende Angebote abgegeben: 1. Fischer-Oberstein 100 725 M., 2. Demig-Debra 112 140 M., 3. Richter-Niederhane 126 550 M., 4. Jage-Oberstein 128 930 M., 5. Kronibus-Sittel 131 060 M., 6. Calarier-Neil 132 930 M., 7. Schanze-Kotenburg 133 290 M., 8. Nipe-Koblentz 140 170 M., 9. Wittmann-Altenbecken 151 150 M., 10. Schäfer-Günfeld 151 550 M.

Stuttgart. (Baunfall.) In dem neuen Tunnel am Wartberg ist am 13. August, nachmittags kurz nach 5 Uhr, ein italienischer Arbeiter namens Mille vom Gerüst gefallen. Einige Gerüstteile stürzten ihm nach und trafen ihn schwer. Mit inneren Verletzungen wurde er ins Krankenhausbefriedigt geschafft.

Bücherleben.

Die Kleinwohnungsfrage im ganzen Lande eine brennende. Es ist bekannt, daß diesem Gebiet sozialer Fürsorge überall die größte Beachtung geschenkt wird, wie sie auch Sr. Maj. der Kaiser ganz entschieden für die Förderung dieser Bestrebungen ausgesprochen hat, die jetzt noch seitens der Ministerien durch Vereinfachung der Bewilligung für das kleine Land wesentliche Unterstützung finden. Für jede Gemeinde, in der Mangel an Kleinwohnungen besteht, für alle Schörsden, Sribate, Bauhaken etc. unabweislich sind die jetzt bereits in 2. Auflage erschienenen **mußtergültigen Entwürfe für ländliche Arbeiterwohnungen.** Herausgegeben aus einem Wettbewerb von der Reichsregierung und angeordnet von dem Reichsausschuss für die Ausführung der Landes-Verpflichtungspflicht. 32 Tafeln großen Formats mit Text in Sprache. Preis 10 M., Porto 50 Pf. Verlagsanstalt **Verlagsgesellschaft m. b. H.,** Diebstahl. Entwürfe von den Regierungen, Sachverständigen und Architekten, von Landwirtschaftskammern und Vereinen. Band der Landwirte, Bauernbund usw., enthält das Buch 21 verschiedene Entwürfe für Ein-, Zwei- und Dreifamilienhäuser mit anschließenden Zeichnungen, die sich nach Belieben erweitern lassen. Es sind durchweg vorzüglich gezeichnete Projekte, hinsichtlich Grundrissdisposition und Außenanlagen vorbildlich. Das Hauptgewicht wurde dabei auf eine billige Herstellung aus bodenständigen Materialien, vornehmlich Baumzucht und geschmackvolles Aussehen gelegt. Hier zeigt sich, mit welcher geringen Mühe man keine Beschäftigung auf dem Lande und Arbeiterfamilien bei voller Raumausnutzung geschnell errichten kann. Geringfügige Änderungen lassen die Pläne den Lebensverhältnissen der ländlichen Bevölkerung jeder Gegend leicht anpassen. Die Herstellungskosten betragen einschließlich Nebenanlagen pro Familienhaus nur 3500 M., pro Zweifamilienhaus nur 7000 M., pro Dreifamilienhaus nur 13000 M. Die Ausführung der Häuser nach diesen Plänen ist jedermann ohne besondere Erlaubnis oder Konzession gestattet. Nach dem jeder Bauplan, Baumeister oder Bauunternehmer nach diesen Plänen Kleinwohnungsgehäuser bauen.

Die Bildungstätigkeit der christlichen Gewerkschaften hat in den letzten Jahren nicht nur allgemein an Bedeutung erheblich zugenommen, sondern ist mehr und mehr in ein System gebracht worden, das den Bedürfnissen des Arbeiterstandes nach möglichst reichhaltiger und zweckmäßiger, weniger insbesondere die körperlichen Interessen ausrichtet, ist eine gute Vorbereitung, welches alles das an Literatur in sich aufzunehmen, was sich gerade dem Studierenden hartnützig und so der Selbstbildung entgegenstellen, die mitunter schimmernd nicht als Unzulänglichkeiten. Unter diesen Umständen muß jeder Mensch, dem Arbeiterstande gute und zugängliche billige Literatur zu verschaffen, als ein Verdienst um die Arbeiterklasse betrachtet werden. Nur löst die Anschaffung auf solche Schwierigkeiten. Denn gute volkstümliche, fortschrittliche und gesunde literarische Literatur ist nicht leicht oder sie liegt nicht in der Reichweite vor. Die neuere billige populäre-wissenschaftliche Literatur verdient großen Nachdruck aber behandelt meist nur Einzelfragen eines bestimmten Gebiets, so daß hier eine zweckmäßige Zusammenfassung notwendig ist. Allen diesen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen und dennoch dem Arbeiterstande eine reichhaltige preiswerte Literatur zu verschaffen, bemüht sich das Verlagswerk im christlichen Gewerkschaftswesen in Köln (Schiffstr. 157) erschienenen **Lehrer** durch die soziale, politischen und wirtschaftliche Literatur. Die literarische und wissenschaftliche Literatur der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften ist ein sehr wertvolles Hilfsmittel und die Anschaffung dieser Schriften will ein erster Versuch sein, den dem aber trotzdem erwartet werden kann, daß

er schon in seiner ersten Form gute Wirkungen auslöst. Eine kurze Einleitung führt den Leser u. a. in die Kunst des Lesens ein und gibt ihm einen Plan an die Hand für die zweckmäßige Einleitung seiner Lektüre, ein Plan, der auch bei der Anlage kleiner Bibliotheken mit Nutzen zugrundegelegt werden kann. Der Hauptteil der Schrift bringt sodann eine systematisch gegliederte Uebersicht über die wichtigere, gute und billige Literatur, wie sie im Titel bezeichnet worden ist. Damit sich der Leser über Charakter und Tendenz der Schrift schon vor der Anschaffung klar sei, sind überall dort, wo es notwendig erschien, entsprechende kleine Anmerkungen angebracht worden. — Möge die kleine Schrift in den Kreisen, an die sie sich in erster Linie richtet, weite Verbreitung finden! Es kann aber auch jeder Mitarbeiter, der sich um das Einbringen in soziale Dinge bemüht — und deren gibt es ja glücklicherweise sehr viele! —, zu dem Schriftchen greifen, um sich das Material für eine erste Einführung zusammenzustellen.

Gnaud-Röhne, Frau Elisabeth, Das soziale Gemeinschaftswesen im Deutschen Reich. Leitfaden der Volkswirtschaftslehre und Bürgerkunde im sozialgeschichtlichen Aufbau für höhere Schulen, Kurse und zum Selbstunterricht. Neunte bis vierzehnte, stark vermehrte Auflage. gr. 8° (171) M. Gladbach 1912, Volkswereins-Verlag G. m. b. H. Geb. 1,20 M.

Inhalt: Einleitung. Die geschlossene Eigenwirtschaft. Die Stadtwirtschaft. Die Volkswirtschaft. Die Entstehung der sozialen Fragen. Arbeiterfrage und Sozialismus. Die Sozialreform. Selbsthilfe durch Organisation. Die Agrarfrage. Mittelstandsfragen. Die Frauenfrage. Die Versicherungs-Gesetzgebung. Die Wohlfahrtspflege. Das Deutsche Reich. Tabelle zur deutschen Sozialgeschichte. Literatur und Register. (Der in die Darstellung eingegliederte rein bürgerkundliche Stoff ist zur gesonderten Behandlung leicht herauszugeben.)

Der besondere Vorzug des Buches vor anderen Unterrichtsbüchern zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre und die Bürgerkunde ist die so geschickt vollzogene Vereinigung der beiden Materien auf geschichtlicher Grundlage. Der die Vorliebe der Jugend für abwechslungsreiche Schilderung kennt, wird der Verfasserin uneingeschränktes Lob dafür zuerkennen. Die volkswirtschaftliche und die staatsliche Entwicklung in ihren geschichtlichen Zusammenhängen ergeben so lebendige und farbenreiche Bilder, daß das Interesse der Jugend in besonders eindringlicher Weise erregt und festgehalten wird. In der neuen Auflage hat das Buch durch in seinem bürgerkundlichen Teil vollständige Ergänzung erfahren und wird nun mit der äußerst zweckmäßigen Gestaltung des Inhaltsreichtums noch mehr als bisher das vorzüglichste Unterrichtswerk seiner Art für Schulen, Kurse usw. sein.

Baustoffkunde, von Prof. Dr. E. Ginzler. 4. Auflage, zum großen Teil neu bearbeitet und bis auf die neueste Zeit ergänzt. Gr. 8°. VIII + 216 Seiten. Geb. 4,20 M. Verlag von G. A. Ludwig Degener, Leipzig. Entschieden eines der besten und vor allen Dingen praktischsten Hand- und Lehrbücher für die Baustoff- oder Baumaterialienkunde. Es ist nicht nur für die Schule, sondern besonders auch für alle in der Praxis stehenden Baubestimmten, Baumeister, Baugewerksmeister, Bautechniker, Maurermeister, Polierer usw. bestimmt. Eine ganze Reihe maßgebender Autoritäten erklären schlicht und wenn am Rat gefragt, daß es für die in Frage kommenden Kreise tatsächlich kein besseres Buch gibt.

Die neue 4. Ausgabe hat den Inhalt des schon lange geschätzten Buches wieder völlig auf die Höhe der Zeit gebracht und behandelt auch die neuesten bewährten Baustoffe, natürlichen und künstlichen Steine, Luftmörtel, hydraulischen Mörtel, Zement, Beton, Eisenbeton, sämtliche Bauhölzer, Eisen und sonstige Metalle, ebenso auch die Ausbaustoffe, wie Glas, Wasserglas, Kitt, Fech, Asphalt, Dachpappe usw., Sinozem u. a., Farbstoffe, Firnisse und Lacke, die verschiedenen Malverfahren, Tafe, Rohr, Stroh, Wärme- und Schallschuttmittel. Fehret das Buch auch eine erkannte Fülle des Stoffes, so ist es dabei doch sehr handlich, denn mit unübertrefflichem Geschick hat es der Verfasser meisterhaft verstanden, knapp und doch klar und erschöpfend alles zu behandeln. Zahlreiche Ringe für die Praxis, Hilfsmittel aller Art, zum Teil in Rezeptform, werden besonders dem angehenden Techniker nützlich sein. Ein ausführliches Sachverzeichnis verhilft zum schnellsten Auffinden eines jeden Gegenstandes und erleichtert so die Benutzung dieser vorzüglich ausgestatteten, sehr preiswerten „Baustoffkunde“. Wir können uns voll und ganz den glänzenden Urteilen über sie anschließen und unseren Lesern angelegentlichst ihre Anschaffung empfehlen.

Briefkasten.

F. S. H. Mit dem Austritt aus dem Verband sind alle Rechte aufgehoben, und sind dieselben auch nicht wieder zu erwerben. Wer später wieder eintreten will, muß Eintrittsgeld bezahlen, wie jedes andere neu eintretende Mitglied.

Verammlungskalender.

Verwaltungsstelle Marsberg.
Am 25. August 1912, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent: Bezirksleiter Berner aus Paderborn.

Bekanntmachungen.

Am dem Verbands ausgeschlossen wegen Streik- und Ungehorsams wird der Dachbeder Hermann Schöner, Buchmännchen 1912.

Localbeamter gesucht.

Die Verwaltungsstelle Bonn stellt am 1. Oktober einen Localbeamten an. Selbstgeschriebene Bewerbung mit Lebenslauf und Angaben über die bisherige gewerkschaftliche Betätigung, sollte einem kurzen Aufsatz über die Aufgaben eines Localbeamten, sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 10. September an Friedrich Müller, Godesberg II am Rhein, Heisterbacher Straße einzusenden. Es wird mit auf eine tüchtige Kraft resp. tiert, die gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen kann.

Maurer und Zimmerer erhalten innerhalb der Verwaltungsstelle Gladbach dauernde Arbeit. Zu melden in der Handsbureau, Bahnhofstr. 26.

Arbeitslose Maurer erhalten Arbeit in Münster i. W. Die Arbeitsstellen werden auf dem Bureau der Verwaltungsstelle, Sonnenstr. 69, bekanntgegeben.

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter finden Beschäftigung. Zu melden in Hannover, Am Kanonwall 16, Fernsprecher 7756. W. Bumbrod.

Reddinghausen. In der Umgegend von Reddinghausen wird noch eine größere Anzahl Maurer eingestell. Zurücksende Kollegen wollen sich auf unserm Verbandsbureau in Reddinghausen, Große Geldstr. 7, schriftlich oder persönlich melden.

Der den Aufenthalt des Bauhilfsarbeiters Josef Haageb. am 7. 4. 1875 zu Essen, lennt, wird gebeten, bei Adresse dem Kollegen Josef Wach in Essen, Frohhauser Straße 19, mitzuteilen.

Achtung! Stuttgart.

Unser Vorstehender, Max Kränke, wohnt Schlossstraße Nr. 25IV; unser Kassierer, Phil. Hammerle, wohnt Gerberstraße Nr. 29III.

Sterbetafel.

Am 2. August verschied nach dreivierteljährigem Krankenlager unser treuer Kollege Joh. Zajonz im Alter von 49 Jahren.

Verwaltungsstelle Kreuzburg.
Am 5. August starb nach längerem Krankenlager unser Kollege Franz Schmidt, Tischeisen, im Alter von 26 Jahren an Lungentzündung. Zahlstelle Conradan (Maurer).

Am 9. August starb unser treuer Kollege S. Müller aus Oberlahnstein infolge eines Blutsturzes. Verwaltungsstelle Coblenz.

Am 10. dieses Monats starb unser Kollege Wilhelm Böhm im Alter von 25 Jahren an Schlaganfall. Zahlstelle Dillmen.

Am 12. August starb unser treuer Kollege Mathias Bitterich im Alter von 46 Jahren an Nierenleiden. Verwaltungsstelle Srier.

Am 13. August starb unser Kollege und Mitgründer unseres Verbandes Johannes Thiemann im Alter von 56 Jahren an Tuberkulose. Verwaltungsstelle Cassel.

Am 13. August starb unser werter Kollege, der Maurer Theodor Wöftmann im Alter von 52 Jahren infolge Herzlähmung. Verwaltungsstelle Münster.

Am 14. August starb nach längerem Leiden der Kollege Amandus Pehelt (Maurer) im Alter von 52 Jahren. Verwaltungsstelle Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

Brave, gesunde, kath. Jünglinge

vom 17.-35. Lebensjahre aller Berufsstände, die den Beruf zum Ordensleben und zur Krankenpflege in sich fühlen, wollen sich zunächst brieflich und vertrauensvoll an uns wenden unter B. E. 15 an die Expedition dieser Zeitung.

Durchreisende Verbandskollegen

finden in Berlin, Stralauer Straße 53, im „Deutsches Gärtner-Heim“, dem Verkehrslokal des Deutschen (nationalen) Gärtner-Verbandes und des Berliner (nationalen) Gewerkschaftsartells, gutes und sauberes Nachtloge von 50 Pf. an. Das Verkehrslokal liegt in der Nähe der Bahnhöfe Alexanderplatz und Jannowitzbrücke.